

aus
politik
und
zeit
geschichte

beilage
zur
wochen
zeitung
das parlament

Werner Link
Der Marshall-Plan
und Deutschland

Udo Wengst
Heinrich Brüning und die
„konservative Alternative“
Kritische Anmerkungen
zu neuen Thesen über die Endphase
der Weimarer Republik

Josef Becker
Geschichtsschreibung
im politischen Optativ?
Zum Problem der Alternativen
im Prozeß der Auflösung
einer Republik wider Willen

ISSN 0479-611 X

B 50/80
13. Dezember 1980

Werner Link, Dr. phil., geb. 1934, Professor der Politikwissenschaft (Internationale Beziehungen/Außenpolitik) an der Universität Trier.

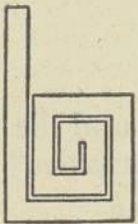
Neuere Buchpublikationen (Auswahl): Deutsche und amerikanische Gewerkschaften und Geschäftsleute 1945—1975. Eine Studie über transnationale Beziehungen, Düsseldorf 1978; (Zusammen mit Manfred Knapp, Hans-Jürgen Schröder und Klaus Schwabe) Die USA und Deutschland 1918—1975, München 1978; Der Ost-West-Konflikt. Die Organisation der internationalen Beziehungen im 20. Jahrhundert, Stuttgart u. a. 1980.

Udo Wengst, Dr. phil., geb. 1947; Studium der Geschichte, Politikwissenschaft und Soziologie in Bonn, Köln und Tübingen; 1973—1979 wiss. Mitarbeiter und Assistent der Universität Tübingen; seit April 1979 wiss. Mitarbeiter bei der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien in Bonn.

Veröffentlichungen: Graf Brockdorff-Rantzau und die außenpolitischen Anfänge der Weimarer Republik, 1973; (Bearbeitet mit Ilse Maurer) Staat und NSDAP 1930—1932. Quellen zur Ära Brüning, eingeleitet von Gerhard Schulz, 1977; (Bearbeitet mit Ilse Maurer unter Mitwirkung von Jürgen Heideking) Politik und Wirtschaft in der Krise 1930—1932. Quellen zur Ära Brüning, eingeleitet von Gerhard Schulz, 1980; Aufsätze zur deutschen Zeitgeschichte; z. Zt. Arbeit an einem Projekt zur deutschen Nachkriegsgeschichte.

Josef Becker, Dr. phil., geb. 1931 in Buchen (Baden), o. Professor für Neuere und Neueste Geschichte an der Universität Augsburg.

Zahlreiche Veröffentlichungen zur Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts mit den Schwerpunkten Parteiengeschichte, Verhältnis Staat und Kirche, deutsch-französische Beziehungen, Deutsche Frage, zuletzt: Liberaler Staat und Kirche in der Ära von Reichsgründung und Kulturkampf, Mainz 1973; (Hrsg. gemeinsam mit Rolf Bergmann) Wissenschaft zwischen Forschung und Ausbildung, München 1975; (Hrsg. gemeinsam mit Theo Stammen und Peter Waldmann) Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland, München 1979; (Hrsg.) Dreißig Jahre Bundesrepublik — Tradition und Wandel, München 1979; (Hrsg. gemeinsam mit Klaus Hildebrand unter Mitarbeit von Klaus-Peter Prem, Marie Luise Recker und Rolf Wenzel) Internationale Beziehungen in der Weltwirtschaftskrise 1929—1933, München 1980.



Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn/Rhein.

Leitender Redakteur: Dr. Enno Bartels. Redaktionsmitglieder: Paul Lang, Dr. Gerd Renken, Dr. Klaus W. Wippermann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstr. 61—65, 5500 Trier, Tel. 06 51/461 71, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 12,60 vierteljährlich (einschließlich DM 0,72 Mehrwertsteuer) bei Postzustellung;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,— zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Der Marshall-Plan und Deutschland

I. Einleitung: Langfristige Tendenzen und aktuelle Notwendigkeiten

Seit geraumer Zeit sind die amerikanischen Archive und Nachlaßsammlungen für die zweite Hälfte der vierziger Jahre der Forschung zugänglich. Damit wird eine quellenmäßig abgesicherte Beschreibung und Interpretation jener Periode amerikanischer Außenpolitik möglich, in der durch den Marshall-Plan die Weichenstellungen für die westeuropäische Entwicklung der fünfziger Jahre vorgenommen wurde. Das gilt insbesondere auch für die Frage, welche Bedeutung Deutschland im Rahmen der Marshall-Plan-Politik hatte und wie sich diese Politik in Deutschland auswirkte. Da auch in der Bundesrepublik Deutschland die Akten des Bundesministeriums für den Marshall-Plan und wichtige Nachlässe (u. a. von Franz Blücher) von Wissenschaftlern eingesehen werden können, ist die Forschungslage optimal.

Angesichts dieses Sachverhalts ist es erstaunlich, daß gleichwohl nach wie vor Darstellungen über den Marshall-Plan und Deutschland vorgelegt werden, ohne die reichhaltigen Quellen zu befragen¹⁾. Eine solche Verfah-

¹⁾ Vgl. Erich Ott, Die Bedeutung des Marshall-Plans für die Nachkriegsentwicklung in Westdeutschland, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B 4/80, 26. 1. 1980, S. 19–37. Ott hat weder die Quellenpublikationen (z. B. *Foreign Relations of the United States*) noch die in den USA zugänglichen Archiv- und Nachlaßbestände noch die Akten und Nachlässe im Bundesarchiv Koblenz eingesehen. Vielmehr schöpft er aus zweiter Hand, ohne auch hier grundlegende neuere Studien (wie z. B. das Buch von Hadley Arkes, *Bureaucracy, the Marshall Plan, and the National Interest*, Princeton, N. J. 1972) zu kennen. Der Sammelband von Heinrich August Winkler (*Politische Weichenstellungen im Nachkriegsdeutschland 1945–1953*, Göttingen 1979) wird zwar in einer Fußnote zitiert, aber die dort zerstörten Legenden über die amerikanische Besatzungspolitik in der Sozialisierungsfrage werden weiterhin verbreitet. Lediglich dort, wo sich der Autor auf die Studien von Manfred Knapp stützt, sind seine Ausführungen diskutabel; allerdings ist auch in diesem Zusammenhang auffällig, daß Knapps Studien einseitig rezipiert werden (vgl. Anm. 2).

Dieser Beitrag ist die überarbeitete und erweiterte Fassung des Vortrags „Germany and the Marshall Plan“, den der Autor am 27. Mai 1980 im Rahmen des Symposiums „The Marshall Plan and Europe“ in Rom gehalten hat und der demnächst in einem italienischen Sammelband erscheint.

rensweise wäre höchstens dann vertretbar, wenn in der quellenbezogenen Sekundärliteratur bereits ein breiter Konsens über die gültige Interpretation bestünde, der dann nur noch referiert werden müßte. Davon kann jedoch derzeit noch keine Rede sein. Als geklärt dürfte allerdings gelten, daß bei der Entstehung des Marshall-Plans langfristig wirksame Tendenzen und aktuelle Notwendigkeiten zusammentrafen: Nämlich einerseits Planungen in der Ministerialbürokratie und in Beratungsgremien gesellschaftlicher Gruppen (Geschäftsleute, Gewerkschafter, Wissenschaftler u. dgl.), die bereits bei Kriegseintritt der USA begannen, 1944 konkretisiert wurden und im einzelnen die Politik begründeten, nach dem Krieg dem geschwächten Ausland umfassende Dollarhilfe zu gewähren²⁾; und andererseits die Anfang 1947 erkennbare Notwendigkeit, die auslaufenden bilateralen Hilfsverträge mit Großbritannien und Frankreich durch eine Multilateralisierung zu ersetzen, um mit einem umfassenden Wiederaufbauprogramm „Europa vor Hunger und Chaos (nicht vor den Russen) zu retten“³⁾. Die langfristigen Überlegungen hatten also überhaupt nichts mit dem Kalten Krieg zu tun, und auch die auf die aktuelle Situation von 1947/48 bezogenen Überlegungen standen nur zum Teil im Zusammenhang mit der amerikanischen Politik, außerhalb des bereits immens ausgeweiteten sowjetrussischen Machtbereiches eine *gewaltsame* kommunistische Expansion zu verhindern („Truman-Doktrin“⁴⁾).

²⁾ Darauf hat Knapp mit Nachdruck aufmerksam gemacht; siehe Manfred Knapp, Das Deutschlandproblem und die Ursprünge des Europäischen Wiederaufbauprogramms, in: *Politische Vierteljahresschrift* 19 (1979), S. 48–65. Vgl. auch D. W. Eakins, *Business Planers and America's Postwar Expansion*, in: D. Horowitz (Hrsg.), *Corporations and the Cold War*, New York und London 1969.

³⁾ So Assistant Secretary of State Clayton in seinem Memorandum vom 27. Mai 1947, zit. nach Ellen Clayton Garwood, *Will Clayton, A Short Biography*, Austin 1969, S. 120.

⁴⁾ Die zentrale Aussage lautete: „I believe that it must be the policy of the United States to support free peoples who are resisting attempted subjugation by armed minorities or by outside pressures... The world is not static and the status quo is not sacred. But we cannot allow changes in the status quo

Der Marshall-Plan, der mit der Harvard-Rede des amerikanischen Außenministers vom 5. Juni 1947 angeregt wurde, ist also nicht (wie behauptet wird) „die Umsatzstrategie jenes Konzepts, das in der ‚Truman-Doktrin‘ formuliert wurde“, sondern die programmatischen Überlegungen, die schon in der Phase der Kooperation mit der Sowjetunion und unter dem Aspekt der Fortsetzung dieser Zusammenarbeit entwickelt worden waren, wurden auf die neue politische Konstellation angewendet; dabei war die Eindämmung gewaltsamer sowjetischer Expansion *ein* wesentlicher Faktor (der erst später — insbesondere infolge der kommunistischen Machtergreifung in Prag im Februar 1948 — bei der innenpolitischen Durchsetzung des Marshall-Plans ins Zentrum rückte).

Die globale Auslandshilfspolitik der USA wurde durch den Marshall-Plan konzentriert auf diejenigen Gebiete, wo (nach den Worten von Under Secretary of State Dean Acheson) folgende Ziele am wirkungsvollsten verfolgt werden konnten: der Aufbau weltpolitischer und wirtschaftlicher Stabilität, die Förderung menschlicher Freiheit und demokratischer Institutionen, die Begünstigung liberaler Handelspolitik und die Stärkung der Autorität der Vereinten Nationen. Ein innerer Zusammenhang mit der Truman-Doktrin ergab sich insofern, als auch dort das wirtschaftliche Instrument im Vordergrund stand und der Marshall-Plan das bisherige amerikanische Auslandshilfeprogramm mit ihr partiell in Übereinstim-

mung brachte⁵⁾. Denn in der Reichweite blieb der Marshall-Plan vom Konzept der Truman-Doktrin verschieden: Als Europa-Plan war er einerseits breiter angelegt als die mit der Truman-Doktrin verbundenen Hilfsmaßnahmen, die sich auf Griechenland und die Türkei beschränkten; andererseits war er als Regionalprogramm enger konzipiert als das globale Hilfsversprechen der Truman-Doktrin. Die Konzentration auf einen gesamteuropäischen Hilfsplan und die damit zum ersten Mal verbundene Befürwortung einer europäischen Integration (siehe dazu weiter unten) sind die zentralen und innovativen Merkmale des Marshall-Plans.

Diese Hauptthese läßt sich weiter erläutern und präzisieren, wenn man speziell die Zusammenhänge zwischen amerikanischer Deutschlandpolitik und Marshall-Plan untersucht. Vor allem drei Aspekte sind nach wie vor kontrovers, nämlich

— Deutschlands Stellenwert im Konzept des Europäischen Wiederaufbauprogramms,

— der Beitrag des Marshall-Plans zur inhaltlichen Gestaltung des wirtschaftlichen Wiederaufbaus, des neuen politischen Staatswesens und der sozio-politischen Kultur Westdeutschlands und

— die deutsche Antwort auf die vom Marshall-Plan ausgehenden Impulse.

Die folgenden Abschnitte beschränken sich auf die Erörterung dieser Aspekte.

II. Die europapolitische Innovation und ihre deutschlandpolitische Bedeutung

Mit der Formulierung und Umsetzung der neuen amerikanischen Stabilisierungspolitik

in violation of the Charter of the United Nations by such methods as coercion, or by such subterfuges as political infiltration.“ Rede Präsident Trumans vor dem amerikanischen Kongreß am 12. März 1947, zit. nach B. J. Bernstein und A. J. Matusow (Hrsg.), *The Truman Administration, A Documentary History*, New York u. a. 1968, S. 255.

Ott, a. a. O., S. 23, stellt den Inhalt dieser „Doktrin“ grob vereinfachend dar und verschweigt vor allem, daß sie sich gegen die *gewaltsame* Machtergreifung bzw. Expansion richtete. Auch die auslösenden Ereignisse in Griechenland und in der Türkei werden von Ott nicht zutreffend beschrieben. In Griechenland ging es nämlich nicht um eine „sozialistische Entwicklung“, sondern um die Frage, ob die von außen unterstützten kommunistischen Gruppen im Bürgerkrieg die Macht eroberten. In der Türkei galt es, den konkreten sowjetrussischen Drohungen (die

in (West-)Europa erhielt das Deutschland-Problem eine neue strategische Bedeutung. Der tatsächlichen wirtschaftlichen Wechselbeziehung zwischen den westeuropäischen Ländern und Deutschland und der geopolitischen Lage Deutschlands mußte Rechnung getragen werden. Die Morgenthau-Politik der Bestrafung und Deindustrialisierung Deutschlands, die von Anfang an umstritten war, war bereits seit der Konferenz von Potsdam schrittweise revidiert und mit der Weisung an die amerika-

bis hin zum Truppenaufmarsch an der türkischen Grenze führten) zu begegnen; siehe Jonathan Knight, *American Statecraft and the 1946 Black Sea Straits Controversy*, in: *Political Science Quarterly*, 90 (1975), S. 451–475.

⁵⁾ Siehe H. Arkes, a. a. O., S. 49ff. (dort auch die Acheson-Zitate).

nische Militärregierung in Deutschland vom 11. Juli 1947 (Direktive 1779) offiziell von einem konstruktiven Wiederaufbaukonzept abgelöst worden, das nunmehr essentieller Bestandteil der neuen amerikanischen Europapolitik wurde und vom Marshall-Plan her seinen neuen Stellenwert gewann⁶⁾. Erst infolge der Zuspitzungen des Ost-West-Konflikts setzte sich dann die Einsicht durch, die Secretary of State Marshall u. a. in einem Telegramm vom 19. Februar 1948 an die amerikanische Botschaft in Paris folgendermaßen zusammenfaßte: „Wenn Westdeutschland in den kommenden Jahren nicht wirkungsvoll mit den westeuropäischen Staaten verbunden wird — erst durch wirtschaftliche Arrangements und vielleicht auf irgendeine politische Art und Weise —, dann besteht die reale Gefahr, daß ganz Deutschland in den östlichen Einflußbereich einbezogen wird, was für uns alle offenkundig schreckliche Folgen hätte.“⁷⁾

Dementsprechend wurde der ERP-Sonderbotschafter Harriman im Dezember 1948 instruiert: „Wir dürfen es nicht zulassen, daß Deutschland in den sowjetischen Einflußbereich einbezogen oder als Instrument sowjetischer Politik wiederaufgebaut wird. Die Sowjets waren intransigent gegenüber allen früheren Versuchen einer Viermächtelösung, soweit nicht dieses Ergebnis wahrscheinlich war. Deshalb muß unsere jetzige Politik darin bestehen, Westdeutschland in eine enge Verbindung mit den freien demokratischen Staaten Westeuropas zu bringen und in die Lage zu versetzen, zum europäischen Wiederaufbau beizutragen und an ihm teilzuhaben.“⁸⁾

Die Anerkennung der strategischen Bedeutung Deutschlands bedeutete jedoch nicht, daß der Marshall-Plan eigentlich ein Deutschlandplan gewesen und primär als Antwort auf die Schwierigkeiten der amerikanischen Deutschlandpolitik entstanden sei. Mehrere Gründe, die hier nur stichwortartig genannt werden können, sprechen gegen eine derartige Deutung:

Erstens: Für die US-Zone existierte bereits ein wirtschaftliches Hilfsprogramm, nämlich „Go-

vernment and Relief in Occupied Areas“ (GAR-IOA), und es überstieg, auch in den entscheidenden Jahren 1948/49, die deutsche ERP-Quote⁹⁾.

Zweitens: Ökonomisch stand — wie die internen Aufzeichnungen eindeutig belegen — die Situation in Frankreich, Italien und Großbritannien im Vordergrund der amerikanischen Hilfsüberlegungen¹⁰⁾.

Drittens: Als sich Secretary of State Marshall entschied, ein multilaterales europäisches Hilfsprogramm anzuregen, folgte er nicht denjenigen Ratgebern, die (wie z. B. General Clay) die Situation aus dem engen Blickwinkel der amerikanischen Besatzungspolitik in Deutschland betrachteten, sondern den Befürwortern einer dezidiert europäischen Konzeption (wie Clayton und Dulles), die im scharfen Gegensatz zu Clays Auffassung argumentierten, und zwar insbesondere hinsichtlich der Behandlung des Ruhr-Problems (s. dazu weiter unten).

Mit anderen Worten: Der Marshall-Plan trägt seinen offiziellen Namen „European Recovery Program“ zu Recht: Sein Hauptmerkmal und innovativer Charakter zugleich bestanden darin, daß die USA — im Gegensatz zu ihrer negativen Einstellung in den zwanziger Jahren — die Föderation oder Integration Europas förderten und zur Erreichung dieses Ziels das Europäische Wiederaufbauprogramm als ein geeignetes Instrument ansahen. In der Zwischenkriegszeit hatte es die amerikanische Regierung vorgezogen, enge bilaterale Beziehungen zu Deutschland und zu jedem einzelnen europäischen Staat zu unterhalten, und sie hatte alle Pläne für eine europäische Zusammenarbeit (wie z. B. den Briand-Plan) als gegen ihre Interessen gerichtet angesehen, als eine „ganging up“ der Europäer gegen die USA¹¹⁾. Hingegen wollten die intellektuellen Väter des Marshall-Plans nicht dazu beitragen, die Vorkriegsstruktur zu restaurieren, sondern eine grundsätzliche Neugestaltung zu fördern. Demgemäß wurden auch die zu entwickelnden deutsch-amerikanischen Beziehungen eindeutig dem europäischen Konzept untergeordnet und eingefügt.

⁶⁾ Vgl. dazu u. a. John Gimbel, *The Origins of the Marshall Plan*, Stanford, Cal. 1976, der allerdings — wie M. Knapp (s. Anm. 2) gezeigt hat — die deutschlandpolitischen Faktoren überbewertet. Siehe auch Manfred Knapp, *Deutschland und der Marshallplan*, in: C. Scharf und H.-J. Schröder (Hrsg.), *Politische und ökonomische Stabilisierung Westdeutschlands 1945–1949*, Wiesbaden 1977, S. 19–43.

⁷⁾ *Foreign Relations of the United States* (im folgenden zit. als FR), 1948, II, S. 71.

⁸⁾ Ebd., S. 308.

⁹⁾ Siehe M. Knapp, *Deutschland und der Marshallplan*, a. a. O., S. 28.

¹⁰⁾ Vgl. u. a. das Memorandum von Bill Clayton vom 27. 5. 1947 (Anm. 3) und Joseph M. Jones, *The Fifteen Weeks*, New York 1955, sowie neuerdings die Studie von Arkes (s. Anm. 1).

¹¹⁾ Siehe dazu Werner Link, *Die amerikanische Stabilisierungspolitik in Deutschland 1921–32*, Düsseldorf 1970, passim (bes. S. 484f.).

Nicht Restauration, sondern Innovation war die Leitlinie: „Die Vorkriegsbedingungen wiederherzustellen, würde nicht nur eine Geldverschwendung, sondern ein glatter Geldmißbrauch sein. Es wäre falsch, unsere Ressourcen dazu zu benutzen, separate Souveränitäten in Europa erneut aufzubauen, wenn sie ohne unsere Hilfe gezwungen wären, der Notwendigkeit folgend zusammenzukommen. Aber es wäre angebracht, unsere Ressourcen zu nut-

zen, wenn sie dazu helfen könnten, sie zur Einsicht zu bewegen.“¹²⁾

Aus Respekt vor dem Selbstbestimmungsrecht der Europäer wurde die Integration nicht zur Bedingung für die Gewährung ökonomischer Hilfe gemacht, aber immerhin wurde durch die Gründung der Organisation für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit (OEEC) ein erster Impuls gegeben¹³⁾.

III. Die Anregungen liberaler Geschäftsleute

Daß die Verbindung zwischen dem Europäischen Wiederaufbauprogramm und dem Deutschland-Problem in Auseinandersetzung mit den Erfahrungen der Zwischenkriegszeit (also nicht primär oder ausschließlich im Kontext des Kalten Krieges) und in bewußter Abkehr von der früheren bilateralen Praxis entwickelt wurde, wird nicht zuletzt dadurch bestätigt, daß führende Repräsentanten der amerikanischen Wirtschaftselite, die in den zwanziger Jahren enge Beziehungen zu Deutschland und Europa hatten, die neue Europa-Politik und die Lösung des Deutschland-Problems innerhalb dieses Konzepts maßgeblich mitgestalteten, wenn nicht sogar inaugurierten¹⁴⁾.

An erster Stelle ist Winthrop Aldrich, der Vorsitzende des Direktoriums der Chase National Bank, zu nennen, der 1945 Präsident der Internationalen Handelskammer war. Die Chase National Bank hatte in den zwanziger Jahren erhebliche Anleihen nach Deutschland vermittelt und sich 1930 als Finanzagentin für das Deutsche Reich angeboten. Bereits im Sommer 1945 besuchte Aldrich anläßlich der Pariser IHK-Konferenz Europa und Deutschland. Er wurde begleitet von Shephard Morgan, dem Vizepräsidenten der Bank, der in der Dawes-Plan-Ära Mitarbeiter des amerikanischen Reparationsagenten gewesen war. Von Europa zurückgekehrt, erklärte Aldrich in einer öffentlichen Rede: „Das Problem, mit dem wir konfrontiert sind, ist nicht, was man — isoliert für sich — mit Deutschland machen soll, son-

dern was man mit Deutschland im Zusammenhang mit den europäischen wirtschaftlichen Erfordernissen machen soll.“¹⁵⁾

Damit und mit ähnlichen Äußerungen im „President's Committee for Financing Foreign Trade“ (in dem führende Industrielle und Bankiers vertreten waren) war die Einfügung der Deutschland-Politik in den europäischen Kontext als Problem definiert, aber noch nicht konzeptionell verarbeitet. Auf der 33. National Foreign Trade Convention in New York am 11. November 1946 bedauerten Aldrich und andere Redner (z. B. Allen Dulles, der ebenfalls über intensive Vorkriegsbeziehungen zu Deutschland verfügte und nach Beendigung seiner Geheimdiensttätigkeit in der Schweiz im Jahre 1945 eine ausgedehnte Informationsreise durch Deutschland gemacht hatte), daß noch kein durchdachtes Programm zur Eingliederung der deutschen Wirtschaft in die Gesamtwirtschaft Westeuropas existierte¹⁶⁾. Eine mögliche Alternative wäre eine Politik des separaten Wiederaufbaus Deutschlands gewesen, die z. B. von dem ehemaligen Präsidenten Herbert Hoover nach seiner Deutschland-Mission im Frühjahr 1947 skizziert wurde¹⁷⁾. Eine solche Politik hätte Deutschland ökonomisch wieder zum stärksten Faktor in Europa gemacht. Entsprechende Bedenken wurden Präsident Truman unterbreitet¹⁸⁾. Innenpolitisch und außenpolitisch (Rücksicht

¹²⁾ John Foster Dulles, Ausführungen vor der Diskussionsgruppe über den Marshall-Plan des Council on Foreign Relations, New York, 2. 2. 1948, Dulles Papers, Princeton University Library.

¹³⁾ H. Arkes, a. a. O., Kap. 7, S. 132 ff.

¹⁴⁾ Die folgenden Ausführungen stützen sich auf meine Studie: Deutsche und amerikanische Gewerkschaften und Geschäftsleute 1945–1975, Düsseldorf 1978, S. 107 ff.

¹⁵⁾ Rede vom 4. Oktober 1945, Aldrich Papers, Baker Library, Harvard University, Cambridge, Mass.

¹⁶⁾ Report of the Thirty-third National Foreign Trade Convention, New York, N. Y., November 11, 12, 13, 1946, New York 1947, S. 39 und 50.

¹⁷⁾ Vgl. Louis P. Lochner, Herbert Hoover und Deutschland, Boppard 1961, S. 227 ff.; John Gimbel, a. a. O., S. 180 f.

¹⁸⁾ Siehe u. a. das Schreiben von Edwin W. Pauley (ehem. Vertreter der USA in der Alliierten Reparationskommission) an Truman, 15. April 1947, Truman Presidential Library, Independence, Missouri.

auf Frankreich!) war ein separater, unkontrollierter Wiederaufbau Deutschlands nicht vertretbar, und damit schied praktisch diese Alternative aus.

Die konzeptionelle Verbindung von Kontrolle und Wiederaufbau Deutschlands und die Einfügung dieser beiden Komponenten in ein Konzept der westeuropäischen Integration trug diesen Bedenken Rechnung, und zwar wurde sie in internen Beratungen bereits zu dieser Zeit vorgenommen. Ferdinand Eberstadt (der als ehemaliger Partner von Dillon, Read & Co., 1929 als Assistent von Owen D. Young auf der Pariser Reparationskonferenz und anschließend als Chef einer eigenen Firma enge persönliche und geschäftliche Beziehungen zu Deutschland hatte) entwickelte im Herbst 1945 in mehreren Briefen an Secretary of the Navy Forrestal den Gedanken, die Ruhrindustrie zu internationalisieren und damit die westeuropäische Integration einzuleiten: „[...] Die Vereinigten Staaten von Europa können und — so meine ich — sollten um eine internationalisierte oder zumindest europäisierte Ruhr als ihr Rückgrat geschaffen werden.“¹⁹⁾ Nur eine derartige europäische Konzeption schien geeignet zu sein, die französischen Forderungen nach politischer und ökonomischer Sicherheit konstruktiv zu verarbeiten²⁰⁾.

Unabhängig von Eberstadt und mit dem Gewicht, das er als außenpolitischer Berater des Republikanischen Präsidentschaftskandidaten besaß, vertrat John Foster Dulles — in offenkundiger Anknüpfung an seine Erfahrungen in Deutschland während des Ruhrkampfes und bei der amerikanischen Anleihevergabe in den folgenden Jahren²¹⁾ — dieses Konzept. Bereits gegenüber der Stuttgarter Rede von Secretary of State Byrnes (6. September 1946) wandte er ein: „Ich hätte es für besser gehalten, das deutsche Problem im Zusammenhang mit einer zunehmenden politischen und wirtschaftlichen Einheit für Westeuropa zu sehen.“²²⁾ Sein Gesamtkonzept legte er in einer weitbeachteten Rede vor der National Publishers Association in New York am 17. Januar 1947 der Öffentlichkeit vor²³⁾: Nach einem

¹⁹⁾ Brief vom 20. 9. 1946, Forrestal Papers, Princeton University Library.

²⁰⁾ Siehe Raymond Poidevin, Frankreich und die Ruhrfrage 1945–1951, in: Historische Zeitschrift, Bd. 228, (1979), S. 317–334.

²¹⁾ Siehe W. Link, Die amerikanische Stabilisierungspolitik, a. a. O., S. 90 und 188f.

²²⁾ Brief an Senator Vandenberg, 12. 9. 1946, Dulles Papers.

²³⁾ Europe must Federate or Perish, abgedr. in: Vital Speeches of the Day, Vol. 13, 1947, S. 234ff.

Plädoyer für eine Politik der Eindämmung der sowjetischen Expansionsbestrebungen skizzierte er im Blick auf die kommende Moskauer Außenministerkonferenz die europäische Dimension der deutschen Frage. Indem er das amerikanische Föderalismuskonzept auf Europa übertrug, glaubte er einen konstruktiven Neuanfang für eine friedliche und prosperierende Entwicklung Europas gefunden zu haben, zu der Deutschland wesentlich beitragen könnte, da das Industriegebiet des Rheinbeckens das natürliche ökonomische Herz Westeuropas sei. „Gewiß, ein Übereinkommen über Deutschland wird nicht per se eine Föderation Europas zustandebringen. Nur die europäischen Völker selbst können dies tun, und sie werden sich wahrscheinlich (nur) langsam bewegen. Aber die deutsche Regelung wird entscheidend bestimmen, ob die Bewegung in Richtung auf wirtschaftliche Einigung oder zur Wiederherstellung der alten Struktur unabhängiger, miteinander unverbundener souveräner Staaten führt.“ Denn die Wiedererrichtung eines einheitlichen Deutschland mit ausschließlich deutscher Kontrolle über sein Wirtschaftspotential werde von seinen westlichen Nachbarn nicht akzeptiert werden: „Wenn das wirtschaftliche Potential Westdeutschlands nicht sicher in Westeuropa integriert werde, dann sollte es auch nicht nur von den Deutschen genutzt werden.“ Die Deindustrialisierung sei dann die logische Maßnahme, die allerdings nicht zu einer dauernden Sicherheit führen könne. Dulles folgerte daher, daß nur eine Föderalisierung Europas unter Einschluß Deutschlands eine Entwicklung des industriellen Potentials Westdeutschlands im Interesse Westeuropas, einschließlich Deutschlands, erlaube und daß eine derartige gemeinsame Kontrolle den Wiederaufbau Deutschlands ermögliche, ohne die Deutschen zu Herren Europas zu machen.

Diese Rede veranlaßte Secretary of State Marshall, Dulles zu bitten, ihn zur Moskauer Konferenz zu begleiten. Zuvor versicherte sich Dulles der Unterstützung des leitenden Beamten des State Department für sein Westeuropa-Konzept²⁴⁾. In Moskau bzw. auf der Heimreise setzte er sich gegenüber den als anti-französisch perzipierten Auffassungen Clays und Murphys durch und überzeugte Marshall, „daß das Problem Deutschland nicht isoliert behandelt werden könne“. Er hatte den

²⁴⁾ Memorandum, in: Council of Foreign Ministers Meeting in Moscow, February 26, 1947, Dulles Papers.

Eindruck, daß Marshall unter dem Einfluß seines Konzepts die Idee seiner Harvard-Rede entwickelte, „deren Grundgedanke war, daß das Problem Europa nur als ganzes gelöst werden könne.“²⁵⁾

Die europäische Lösung war also vorbereitet worden von den Diskussionen der ökonomischen Elite, unter maßgeblicher Beteiligung derjenigen Männer, die aufgrund ihrer früheren Geschäftsbeziehungen und nach unmittelbaren Eindrücken im Nachkriegsdeutschland geprägt worden waren²⁶⁾. Die amerikanische Regierung konkretisierte dieses Programm (in einem von John Gimbel detailliert geschilderten, langwierigen bürokratischen Verhandlungsprozeß), als das kooperative Friedenssicherungskonzept, vor allem nach dem Fehlschlag der Zusammenarbeit in der atomaren Frage, gescheitert und damit auch die kooperative Vier-Mächte-Politik unmöglich geworden war.

Erst nach dieser Veränderung in der internationalen Umwelt wurde die neue Europa-Politik und mit ihr die neue Deutschland-Politik, so wie sie von den genannten Vertretern der ökonomischen Elite vorkonzipiert und innerbürokratisch und international modifiziert worden war, zur offiziellen amerikanischen Politik. Diejenigen Geschäftsleute, die an der Begutachtung, Ausformulierung und Durchführung des europäischen Hilfsprogramms beteiligt waren, unterstützten konsequenterweise die volle Einbeziehung Westdeutschlands als wesentliche Voraussetzung für sein Gelingen²⁷⁾. Sie vermittelten entsprechende Erkenntnisse und Informationen, die sie in Europa und Deutschland — nicht zuletzt in direkten Gesprächen mit deutschen Geschäftsleuten — gewonnen hatten, in den internen amerikanischen Entscheidungsprozeß.

Es wäre freilich falsch und entspräche lediglich einem weitverbreiteten ideologischen Vorurteil, wollte man aus diesem Sachverhalt schließen, der Marshall-Plan sei Ausdruck ei-

nes einseitigen Klasseninteresses oder des Expansions- und Herrschaftsstrebens des amerikanischen Wirtschaftsimperiums gewesen. Auch die Gewerkschaften, die die Situation in Europa und Deutschland ähnlich definierten wie die zitierten liberalen Geschäftsleute, unterstützten das Europäische Wiederaufbauprogramm²⁸⁾. Die American Federation of Labor und der Congress of Industrial Organizations arbeiteten aktiv und gleichberechtigt in der Verwaltung des Marshall-Plans mit. Abgesehen von den Kommunisten, kam der Widerstand von den konservativen Kreisen der Geschäftswelt und von der linksliberalen Gruppe um den entlassenen Handelsminister Wallace.

In einem Telegramm an den Schatzmeister der CIO, James B. Carey, vom 17. November 1947 skizzierte das State Department die innenpolitische Konstellation folgendermaßen²⁹⁾: „Eine eben fertiggestellte Übersicht über die Einstellung gesellschaftlicher Gruppen zum Marshall-Plan zeigt, daß Farmer-Verbände, Gewerkschaften, Veteranen-Verbände, religiöse Gruppierungen und allgemeine Bürger-Komitees breite Unterstützung liefern. Opposition ist hauptsächlich bei konservativen Wirtschaftsverbänden, wie z. B. bei der US Chamber of Commerce, zu finden; das Wall Street Journal und der National Industrial Conference Board äußern Bedenken [...]. Abgesehen von Henry Wallace's Progressive Citizens of America, die opponieren, ergibt sich als allgemeine Schlußfolgerung [der Übersicht]: Je liberaler die Gruppen sind, um so mehr sind sie für den Marshall-Plan, und je konservativer die Gruppen sind, um so mehr lehnen sie ihn ab. Angesichts dieser Analyse ist jede Behauptung, der Marshall-Plan sei ein Geschöpf der Wall Street, unwahr. Wall Street möchte Geld für Steuerreduktionen sparen, statt es dem Ausland zur Verfügung zu stellen.“³⁰⁾

²⁸⁾ Siehe die Nachweise in meiner o. g. Studie (Anm. 14).

²⁹⁾ CIO Papers, Secretary Treasury, Box 119, Archives of Labor History, Wayne State University, Detroit, Michigan.

³⁰⁾ Zu dem letztgenannten Punkt siehe auch den Bericht von William L. Bennett, Bankers View Marshall's Plan as Inflationary, in: New York Herald Tribune, 29. 6. 1947. Dieses Faktum wird in der linkssozialistischen Literatur meist übersehen und stattdessen u. a. die Funktion des Marshall-Plans, durch Stabilisierung der europäischen Absatzmärkte „die amerikanische Wirtschaft selbst vor einer drohenden Krise zu bewahren“, überbetont (so Huster, Kraiker, Scherer, Schlotmann, Welteke, Determinanten der westdeutschen Restauration 1945–1949, Frankfurt 1973², S. 76). Gegenüber dieser Interpreta-

²⁵⁾ Ausführungen vor dem Council on Foreign Relations (s. Anm. 12).

²⁶⁾ Übrigens hatte auch Assistant Secretary of State Will Clayton in der Zwischenkriegszeit enge Geschäftsbeziehungen zu Deutschland; seine Baumwoll-Firma Anderson, Clayton & Co. unterhielt dort ein Verkaufsbüro; siehe F. J. Dobney (Hrsg.), Selected Papers of Will Clayton, Baltimore und London 1971, S. 108. Vgl. auch unten Anm. 48.

²⁷⁾ So vor allem das President's Committee on Foreign Aid (Harriman-Komitee), der Unterausschuß für Deutschland des Herter-Komitees, der Brown-Report und zahlreiche Erklärungen von Wirtschaftsverbänden.

Untersuchungen im Frühjahr 1948 und die Anhörungen (Hearings) zum ERP-Gesetz belegen³¹⁾, daß diese Kräfteverteilung im wesentlichen bestehen blieb. Das Europäische Hilfs-

programm war Ausdruck einer breiten liberalen Strömung in der amerikanischen Gesellschaft.

IV. Der Beitrag zur Bildung eines westdeutschen Staates

Der Einschluß der Westzonen Deutschlands in das Europäische Wiederaufbauprogramm machte es notwendig, in irgendeiner Weise eine deutsche Regierung zu schaffen, denn das gesamte Programm beruhte ja auf dem Prinzip der gemeinsamen Entscheidungsfindung (Arkes), nicht auf dem Prinzip eines imperialistischen Diktats. Wie eine politisch-staatliche Regelung für die Westzonen aussehen und angesteuert werden konnte, war indes eine offene Frage. Gewiß, rückblickend betrachtet, war die Schaffung der Bizone bereits ein erster organisatorischer Schritt zur Weststaatsgründung. Aber 1946, als die bizonale Entscheidung getroffen wurde, war bei der amerikanischen Regierung der politische Wille, die deutsche Einheit zu erhalten, noch vorherrschend. Diese Feststellung wird belegt durch die internen Beratungen des War Council; General Eisenhower (JCS) erklärte dort am 5. Dezember 1946, „daß das bizonale Arrangement ein konstruktives Programm der Selbstversorgung

darstelle, das eine große politische Waffe beim Zustandekommen dieser Einheit sein könne, da die Russen den Ruhr-Stahl benötigten“³²⁾.

Es ist mithin unzutreffend, wenn behauptet wird, daß der „Weg zur Schaffung der Voraussetzungen für einen separaten Staat“ 1946 „offensichtlich“ geworden und mit Byrnes' Stuttgarter Rede vom 6. September 1946 „die weitere Entwicklung in dieser Richtung auch offiziell abgesteckt“ worden sei³³⁾. Dem politischen Einheitskonzept entsprach in dieser Phase der von Secretary of State Byrnes wiederholt angebotene Vier-Mächte-Vertrag zur Garantie der Entmilitarisierung Deutschlands für einen Zeitraum von 25 bzw. 40 Jahren³⁴⁾. Die Situation war 1946/47 also noch relativ offen. Der Marshall-Plan trug dann *indirekt* insofern zur Herausbildung einer staatlich-politischen Organisation für Westdeutschland bei, als die UdSSR mit der Entscheidung, sich nicht an dem Europäischen Wiederaufbauprogramm zu beteiligen, automatisch auch die Sowjetische Besatzungszone in Deutschland ausschloß. Die Beschränkung implizierte zugleich die analoge Beschränkung des gesamtdeutschen Konzepts auf ein westdeutsches. Das State Department kam daher zu dem logischen Schluß, daß „ein maximaler deutscher Beitrag zum europäischen Wiederaufbau nicht erreicht werden könne, ohne eine politische Organisation Westdeutschlands einzurichten“³⁵⁾.

Diese Schlußfolgerung (die auch von den verschiedenen Beratungsausschüssen geteilt

tion hatte schon der Bericht des President's Committee on Foreign Aid (Harriman-Komitee), European Recovery and American Aid, Washington, D. C., November 7, 1947, festgestellt: „The Committee regards as nonsense the idea which prevails to a considerable degree in this country and abroad that we need to export our goods and services as free gifts, to insure our own prosperity. On the contrary, we are convinced that the immediate economic danger to the United States is inflation, which means, among other things, a shortage of goods in relation to demand“ (S. 3). In diesem Bericht wird im übrigen das Zusammenwirken von humanitären, wirtschaftlichen und politischen Elementen, die das vitale Interesse der USA am europäischen Wiederaufbau begründeten, überzeugend nachgewiesen (S. 17 ff.).

³¹⁾ Positions of American National Organizations on the European Recovery Program, February 19, 1948, Acheson Papers, Truman Library (die großen Wirtschaftsverbände werden dort unter der Rubrik „Organizations Supporting the ERP With Important Qualifications“ eingeordnet). — Hearings before the Committee on Foreign Relations, U. S. Senate, 80th Congress, Second Session, United States Assistance to European Economic Recovery, Part I, January 8, 9, 10, 12, 13, 14 and 15, 1948, Washington, D. C. 1948.

^{31a)} Das wird auch erkennbar anhand der Zusammensetzung und der Tätigkeit des „Committee for the Marshall Plan“. Über dieses Bürger-Komitee werde ich gelegentlich einen gesonderten Beitrag schreiben.

³²⁾ Patterson Papers, Box 23. Die „Waffe“ wirkte schließlich gegenüber Frankreich, das seine Zone aus diesem Grunde mit der Bizone verband (vgl. Poidevin, a. a. O., S. 327), aber nicht gegenüber der UdSSR.

³³⁾ So E. Ott, a. a. O., S. 22.

³⁴⁾ Vgl. zusammenfassend neuerdings P. Dawson Ward, *The Threat of Peace*, James F. Byrnes and the Council of Foreign Ministers, 1945–1946, Kent, Ohio 1979, S. 93f. und 119f.

³⁵⁾ Secretary of State an die U. S. Botschaft in Paris, 26. 5. 1948, in: FR 1948, II, S. 284. Ferner: Deutschlands Beitrag zum Marshallplan, Ausgewählte Kapitel aus den Harriman- und Herter-Reports, Kieler Veröffentlichungen, H. 3, Hamburg 1948, S. 25 und 34.

wurde) beinhaltete jedoch keineswegs eine Vorentscheidung für diejenige politische Lösung, die schließlich mit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland gefunden wurde. John Foster Dulles, um nur einen der einflußreichen Berater auf diesem Felde zu nennen, schlug eine völlig andersartige Lösung vor, nämlich die Bildung von vier selbständigen deutschen Staaten, die in ein integriertes Westeuropa als „separate Staaten, nicht in Form eines westdeutschen Bundesstaates“, eingegliedert werden sollten³⁶⁾. Der europäische Rahmen war Hauptbestandteil der amerikanischen Politik, England, Frankreich, Italien usw. zu unterstützen und zugleich das Deutschland-Problem zu lösen. Um Westdeutschland in diesen europäischen Rahmen

zu integrieren, waren verschiedene Arten politischer Organisation möglich, solange sie nur mit diesem generellen Ziel der europäischen Einigung vereinbar waren. Diese Überlegung wurde wiederum am klarsten von John Foster Dulles formuliert, indem er an Senator Vandenberg am 5. Dezember 1949 (nachdem die Bundesrepublik Deutschland gegründet war) schrieb³⁷⁾, „daß nur durch [europäische] Einheit Stärke entstehen kann, und nur Stärke in Westeuropa schafft den Rahmen, innerhalb dessen es möglich ist, Deutschland zu gestatten, wieder stark zu werden, ohne Westeuropa zu beherrschen oder eine gefährliche Verhandlungsposition zwischen Ost und West einzunehmen“.

V. Die Absicherung der Westbindung

Daß in dem bilateralen deutsch-amerikanischen ERP-Abkommen vom 15. Dezember 1949 Vorsorge getroffen wurde, um die letztgenannte Alternative praktisch auszuschalten, ist in der Literatur bisher übersehen worden. Artikel I, 3 dieses Abkommens enthält nämlich die Klausel, daß die „Exporterlöse aus der gesamten künftigen Produktion und aus Lagerbeständen der Bundesrepublik [...] für die Bezahlung der Hilfeleistungen, die gemäß dem Abkommen bereitgestellt worden sind, verfügbar sein“ würden. Eine derartige Verpfändungsklausel gab es in keinem anderen ERP-Abkommen. Mit seiner Hilfe sollten auch in Zukunft Reparationslieferungen an die Sowjetunion aus der deutschen Produktion verhindert und feste Bindungen an die amerikanische Politik vertraglich fixiert werden.

Vizekanzler Blücher, der Bundesminister für den Marshall-Plan, und seine Berater haben seinerzeit diese Absicht mit Besorgnis und innerem Widerstand klar erkannt. In einer Besprechung am 10. November 1949 stellte Blücher „zu dem ganzen Problem der Verpfändung den außenpolitischen Gesichtspunkt als maßgebend heraus: Durch die Verpfändung würde die Bundesrepublik sich selbst die Möglichkeit beschränken, eines Tages mit Sowjetrußland über die Reparationen und die Fragen der Ostzone und der Ostgebiete zu einer Einigung zu kommen [...]. Dr. Emminger unterstreicht diesen Gesichtspunkt des Mini-

sters mit dem Hinweis, daß nach seiner Kenntnis die Amerikaner mit der Verpfändungsklausel unsere Politik an ihren Willen binden und insbesondere selbständige Verhandlungen der Bundesrepublik mit Sowjetrußland von ihrer Einwilligung abhängig machen wollen.“³⁸⁾

Es ist nicht verwunderlich, daß in der Ratifikationsdebatte des Deutschen Bundestages diese hochpolitische Implikation von dem KPD-Abgeordneten Rische aufgegriffen und in seine Propagandarede eingebaut wurde, während die Mitglieder der Regierungsparteien und der demokratischen Opposition abschwächend auf die Tatsache verwiesen, daß Rückzahlungen aus Exporterlösen davon abhängig gemacht wurden, daß sie mit der Erhaltung einer friedlichen und gesunden deutschen Wirtschaft vereinbar seien³⁹⁾.

Die weitere Entwicklung der deutschen Innen- und Außenpolitik machte den politischen Zweckinhalt der Verpfändungsklausel obsolet. Gleichwohl ist die Existenz dieser Klausel bemerkenswert. Sie belegt, daß sogar unter dem Regime des Besatzungsstatuts, das die außenpolitische Souveränität der Bundesrepublik Deutschland einschränkte, der Marshall-

³⁶⁾ Ausführungen vor dem Council on Foreign Relations (s. Anm. 12).

³⁷⁾ Dulles Papers.

³⁸⁾ Protokoll der 2. Sitzung mit Bundesminister Blücher am 10. 11. 1949 im Bundesministerium für den Marshallplan, Frankfurt/Main, Nachlaß Blücher, Bundesarchiv Koblenz.

³⁹⁾ Verhandlungen des Deutschen Bundestages, Bd. 2, 18. 1. 1950, S. 833 ff.

Plan als ein zusätzliches potentiell Instrument benutzt wurde, um sicherzustellen, daß die Bundesrepublik fest in den Westen integriert blieb. Für die Bundesrepublik Deutsch-

land bedeutete der Marshall-Plan nicht nur ökonomische, sondern auch politische Integration in den Westen, die von allen demokratischen Parteien bejaht wurde.

VI. Die Sozialisierungsfrage

Während der außenpolitische Aspekt des Marshall-Plans oftmals unterbewertet wurde, wurden seine ökonomischen Implikationen für Deutschland nicht selten überbewertet. So ist immer wieder behauptet worden, der Marshall-Plan habe die Versuche zur Verstaatlichung der westdeutschen Grundstoffindustrie verhindert. Auch neuerdings wird wieder konstatiert, der „präjudizierende Charakter“ des Marshall-Plans für die Wirtschaftsordnung Westdeutschlands sei „offenkundig“, und generell wird von der „Verhinderung der Sozialisierungsmaßnahmen durch die US-Militärregierung“ gesprochen⁴⁰⁾. Beide Aussagen sind in dieser Form nicht haltbar. Gewiß, es ist zutreffend, daß gemäß dem amerikanischen Wertesystem, in dem freiheitliche Demokratie und freie Wirtschaft eine untrennbare Einheit bilden, die amerikanischen politischen und ökonomischen Eliten hofften und wünschten, daß sich in Westdeutschland eine freie Marktwirtschaft durchsetzen würde. Aber zwischen Wunsch und Oktroi ist zu unterscheiden. Die eigentliche Frage lautet, ob und gegebenenfalls inwieweit die USA diesen Wunsch zu einer Bedingung für die amerikanische Hilfeleistung an Deutschland machten.

Auch hier ist die europäische Dimension einzubeziehen. Denn nicht nur in Deutschland, sondern auch in anderen europäischen Staaten gab es bekanntlich Sozialisierungstendenzen bzw. wurden (wie in England) auf demokratischem Wege Sozialisierungsmaßnahmen durchgeführt. Ob mit den amerikanischen Hilfeleistungen, die von allen europäischen Ländern (einschließlich Deutschlands) dringend benötigt wurden, eine Sozialisierungspolitik in den Empfängerländern vereinbar sein sollte, war mithin ein generelles Problem⁴¹⁾, das in Deutschland durch den Grundwiderspruch zwischen Demokratisierung und Besatzungsdiktatur eine zusätzliche Verschärfung erfuhr: Die amerikanische Besatzungspolitik mußte

dem Grundkonsens über die Unabdingbarkeit einer freien marktwirtschaftlichen Ordnung, der in der amerikanischen Demokratie bestand, Rechnung tragen und zugleich gemäß dem eigenen Demokratiepостulat in der US-Zone eine potentielle bzw. (wie im Falle Hessen) eine aktuelle demokratische Entscheidung für die Sozialisierung der Grundstoffindustrie respektieren.

Die amerikanische Regierung rang sich — gegen interne Widerstände — dazu durch, eine Politik zu verfolgen, die eine demokratisch begründete Sozialisierung in der US-Zone nicht ausschloß⁴²⁾.

Mehr noch: In Hessen (US-Zone) wurde — entgegen weitverbreiteter Meinung — die Sozialisierung nicht auf Dauer suspendiert, sondern (allerdings in restriktiver Auslegung) verwirklicht. Die amerikanische Militärregierung vertrat lediglich die Auffassung, daß der Eigentumstitel nicht qua Art. 41 automatisch auf die Hessische Landesregierung übertragen worden sei⁴³⁾: „Freilich kann der Eigentumstitel übertragen werden, sobald die Einzelheiten dafür gesetzlich festgelegt werden. Zu diesen Einzelheiten gehört die Entschädigung der Eigentümer.“ Daß die Verabschiedung des Durchführungsgesetzes sich sehr verzögerte,

⁴²⁾ Die Direktive 1779 vom 15. 7. 1947 lautete in Paragraph 21 c: „While it is our duty to give the German people an opportunity to learn of the principles and advantages of the free enterprise, you will refrain from interfering in the question of public ownership of enterprises in Germany, except to ensure that any choice for or against public ownership is made freely through the normal processes of democratic government. No measure of public ownership shall apply to foreign-owned property unless arrangements which are satisfactory to your Government have been made for the compensation of foreign owners. Pending ultimate decision as to the form and powers of the central German Government, you will permit no public ownership measure which would reserve that ownership to such central government.“

⁴³⁾ Schreiben des Amtes der Militärregierung an die Hessische Regierung vom 3. 1. 1949, publiziert in: Gerd Winter, Sozialisierung in Hessen 1946–1955, in: Kritische Justiz, 7, 1974, S. 157ff. Auch die folgenden Ausführungen stützen sich auf diesen Aufsatz.

⁴⁰⁾ E. Ott, a. a. O., S. 28.

⁴¹⁾ Speziell zu England siehe D. C. Watt, American Aid to Britain and the Problem of Socialism, 1945–1951, in: American Review, 2, 1963, S. 46ff.

lag *nicht* am Einspruch der US-Besatzungsmacht, sondern an den Stimmverhältnissen im Hessischen Landtag, d. h. die Sozialisierung beschränkte sich schließlich auf die Errichtung der Hessischen Berg- und Hüttenwerke; für diesen Komplex wurden 30,4 Millionen DM Entschädigung gezahlt.

Im Prinzip hielt die amerikanische Regierung auch hinsichtlich der Sozialisierung im Ruhrgebiet an der Auffassung fest, daß das deutsche Volk in freier demokratischer Entscheidung über die Wirtschaftsordnung befinden sollte. Angesichts der Bedeutung des Ruhrgebiets für ganz Deutschland war nach amerikanischer Überzeugung der Landtag von Nordrhein-Westfalen nicht hinreichend legitimiert und waren vor der Bildung einer nationalen bzw. westdeutschen Regierung die Voraussetzungen für eine derartige freie Entscheidung nicht gegeben. Zudem hätte eine Verstaatlichung im Ruhrgebiet das Land Nordrhein-Westfalen zum beherrschenden Staat gemacht⁴⁴⁾. Der zwischen der britischen und der amerikanischen Regierung im August 1947 ausgehandelte Kompromiß bedeutete eine Verschiebung der Entscheidung in der Hoffnung, daß sie später zugunsten einer freien Marktwirtschaft ausfallen werde. Er war kein Oktroi der amerikanischen Wirtschaftsordnung.

Bei all diesen Überlegungen und Entscheidungen auf der Regierungsebene war das unmittelbare Ziel der Produktionssteigerung und die Rücksichtnahme auf die französischen Interessen ausschlaggebend⁴⁵⁾. Zusätzlich argumentierte General Clay in seinem Bestreben, eine gegen Sozialisierungsmaßnahmen gerichtete Politik in Washington durchzusetzen, mit dem Hinweis, er sei sicher, daß eine sozialisierte Wirtschaft der Bizone für amerikanische Industrielle und Bankiers, von deren Finanzierungsbereitschaft das deutsche Exportprogramm letzten Endes abhängen werde, unakzeptabel sei⁴⁶⁾.

Jedenfalls war die amerikanische Regierung, die bereits einen großen Teil der deutschen Lebensmittelimporte mit amerikanischen Steuergeldern finanzierte, nicht bereit, zusätzliche Dollars bereitzustellen, damit Entschädigungen für sozialisierte Betriebe bezahlt werden könnten.

Aus all dem ergibt sich, daß das Problem der Verstaatlichung der deutschen Grundstoffindustrie zunächst ein Problem der amerikanischen Besatzungspolitik war; und bezüglich der Zukunftsauswirkungen einer Sozialisierung war die Hauptfrage nicht, ob die Verstaatlichung amerikanische Regierungskredite verhindern, sondern, ob sie die private Anleihebereitschaft ausschließen würde. Im Kontext des Marshall-Plans gewann dann die Sozialisierungsproblematik zusätzlich ein taktisches Gewicht: Eine amerikanische Zustimmung und Mitwirkung an dem britischen Sozialisierungsprogramm an der Ruhr wäre auf den vehementen Widerstand Frankreichs gestoßen und hätte vor allem neue Schwierigkeiten im amerikanischen Kongreß erzeugt, so daß innen- und außenpolitisch die Verwirklichung des Europäischen Wiederaufbauprogramms blockiert worden wäre⁴⁷⁾.

Die Gründe gegen eine Sozialisierung der Ruhr-Industrie waren also gewichtig. Gleichwohl sollte nicht übersehen werden, daß die amerikanischen politischen und ökonomischen Eliten in ihren diesbezüglichen Urteilen differenzierter waren, als einige Historiker vermuten. Innerhalb der Regierung gab es die Tendenz, „ein sozialistisches Programm für Deutschland hinzunehmen“. Owen D. Young, der Mitglied des Harriman-Ausschusses war und ebenso wie Harriman Deutschland aufgrund seiner Vorkriegstätigkeit bestens kannte⁴⁸⁾, resümierte in einem Brief an Harriman vom 12. September 1947 diese von ihm kritisierten Überlegungen wie folgt⁴⁹⁾: „Wenn wir ein sozialistisches Programm nicht hinnehmen oder gar versäumen, es aktiv zu betreiben, dann wird die kommunistische Propaganda so wirkungsvoll sein, daß sie all unsere finanzielle Hilfe zunichte macht.“ Daß dieses Resümee eine korrekte Wiedergabe offizieller

⁴⁷⁾ Vgl. Dörte Winkler, Die amerikanische Sozialisierungspolitik in Deutschland 1945–1948, in: H. A. Winkler, a. a. O., S. 88–110.

⁴⁸⁾ Owen D. Young (General Electric Co.) war in den zwanziger Jahren Mitglied der beiden Sachverständigenausschüsse, die die Reparationszahlungen 1924 und 1929 regelten, und aufgrund der Kooperationsabkommen zwischen General Electric und AEG Mitglied des Aufsichtsrats der AEG. — Harriman hatte 1920 zwischen seinem Konzern und der Hapag ein Kooperationsabkommen abgeschlossen, war Mitglied des Aufsichtsrats der Hapag und arbeitete 1925 eng mit der Disconto-Gesellschaft zusammen; er war mit 35 % an der Berliner Holdinggesellschaft der Oberschlesischen Vereinigten Königs- und Laurahütte AG beteiligt. — Siehe dazu genauer W. Link, Die amerikanische Stabilisierungspolitik, a. a. O., passim.

⁴⁹⁾ Owen D. Young Papers, Van Hornesville, N. Y.

⁴⁴⁾ Vgl. FR 1947, II, S. 930 und 947.

⁴⁵⁾ Vgl. FR 1947, II, S. 914, 929, 932 und 947. Dazu und zu dem Gesamtproblem J. Gimbel, a. a. O., Kap. 16.

⁴⁶⁾ Tel. an State und War Department, 27. 4. 1947, in: FR, II, S. 911.

Gedankengänge war, wird durch interne Dokumente bestätigt. Im State Department wurde die Unterstützung sozialdemokratischer Regierungen in Europa (als Gegengewicht zu kommunistischen Trends) befürwortet und betont, „daß die Regierung die Unterstützung derjenigen europäischen Länder nicht verweigert hat, deren Regierungen extensive Verstaatlichungsprogramme in Angriff genommen haben, wie vor allem das Vereinigte Königreich und Frankreich. Die deutsche Tendenz zur Verstaatlichung sollte als Teil der gleichlaufenden allgemeinen europäischen Tendenz angesehen werden. Sie zu bekämpfen, würde den Kommunisten ein Argument in die Hand geben, das sie in ganz Westeuropa einsetzen würden“⁵⁰).

Führende amerikanische Geschäftsleute teilen diese Auffassung. Sie waren durchaus in der Lage, zwischen demokratischem Sozialismus und totalitärem Kommunismus zu unterscheiden. Thomas W. Lamont (J. P. Morgan & Co.) war sogar bereit, zu tolerieren, daß die Briten amerikanische Finanzhilfe teilweise für die Durchführung der Sozialisierung in der deutschen Industrie nutzten, da er „die Ausdehnung des Kommunismus — des Polizeistaates — mehr fürchtete“ als den demokratischen Sozialismus⁵¹). Im gleichen Sinne argumentierte der Bankier James Warburg, daß der demokratische Sozialismus der Freund und nicht der Feind der Vereinigten Staaten sei. Für Männer wie Lamont und Warburg war entscheidend die Erhaltung der politischen Freiheit⁵²). Dementsprechend lehnte es auch der Harriman-Ausschuß (einschließlich jener

Mitglieder, die die Geschäftswelt repräsentierten) ab, denjenigen Industriellen zu folgen, die Ländern mit „kollektivistischer“ Politik die Marshall-Plan-Hilfe versagen wollten⁵³).

Was Deutschland anbelangte, so wurde mit dem Gesetz Nr. 75 der amerikanischen und britischen Militärregierung die „endgültige Entscheidung über die Eigentumsverhältnisse im Kohlebergbau und in der Eisen- und Stahlindustrie einer aus freien Wahlen hervorgegangenen, den politischen Willen der Bevölkerung zum Ausdruck bringenden deutschen Regierung“ überlassen⁵⁴), und diese Regierung entschied sich nicht für die Sozialisierung, sondern für die soziale Marktwirtschaft.

Angesichts dieser Tatsache kann man nur darüber spekulieren, wie die amerikanische Reaktion auf eine demokratische Entscheidung in entgegengesetzter Richtung gewesen wäre. Darüber, daß die amerikanische Regierung sie akzeptiert hätte, kann es aufgrund der internen Erörterungen und des tatsächlichen Verhaltens in der Mitbestimmungsfrage (vgl. unten) keinen Zweifel geben. Was die vermutliche Reaktion der amerikanischen Geschäftsleute anbelangt, so sollte schon alleine das Verständnis einiger Bankiers für die Sozialisierungspolitik der Labour-Regierung skeptisch machen gegenüber der vorschnellen Behauptung, eine Obstruktionspolitik amerikanischer Geschäftsleute sei mit Sicherheit zu erwarten gewesen. Andererseits ist zu berücksichtigen, daß die Kredit- und Investitionswürdigkeit des mit dem Erbe des Nationalsozialismus und des Krieges belasteten Deutschlands in weitaus größerem Maße beeinträchtigt war und durch Sozialisierungsmaßnahmen zusätz-

⁵⁰) Riddleberger and Hilldring, 8. 7. 1947, Records of the Assistant Secretary of State for Occupied Areas, zit. bei D. Winkler, a. a. O., S. 101. Daß auch Dr. Kurt Schumacher 1947 bei seinem USA-Besuch (der erste prominente deutsche Politiker, der in die USA eingeladen wurde, war also der Vorsitzende der deutschen Sozialdemokratie!) in der Sozialisierungsfrage Verständnis fand, geht aus seinem Brief an Waldemar von Knoeringen vom 5. 11. 1947 hervor; siehe das diesbezügliche Zitat in meiner o. a. Studie (Anm. 14), S. 206.

⁵¹) Schreiben an Forrestal vom 6. 6. 1947, unter Bezugnahme auf ein Gespräch im New Yorker Links Club (Forrestal Papers, Box 75). Forrestal antwortete am 10. 6. 1947: „Ich glaube nicht, daß es einen großen Unterschied zwischen unseren Ansichten gibt. Was ich meinte, war, daß ich nicht glücklich darüber wäre, wenn die Briten der britischen Zone in Deutschland ein staatliches Industriesystem aufzwingen würden. Wenn die Deutschen es wünschen, sollen sie es bekommen — aber ich glaube nicht, daß wir sie veranlassen sollten, es zu übernehmen.“

⁵²) Brief von Warburg an Dean Acheson vom 9. 5. 1947 (Kopie in den Warburg Papers).

⁵³) Zusätzlich zum Wortlaut des Harriman-Berichts siehe den Brief von Richard M. Bissell, Jr., Executive Director, President's Committee on Foreign Aid, an Dr. Wilford I. King, Committee for Constitutional Government, New York, vom 14. 11. 1947 (Department of Commerce), in dem es u. a. hieß: „Die Tradition der amerikanischen Außenpolitik schließt eine solche Einmischung aus, und nach Ansicht des [Harriman-]Ausschusses würde jeder Versuch, europäischen Regierungen eine bestimmte Wirtschaftspolitik vorzuschreiben, die Erreichung der Hauptziele des Wiederaufbaus, wie sie im Bericht beschrieben sind, unmöglich machen.“

⁵⁴) Militärregierungsgesetz Nr. 75, 10. 11. 1948, Präambel, in: Amtsblatt der Militärregierung Deutschlands, Amerikanisches Kontrollgebiet, Ausgabe L, S. 22. Vgl. dazu neuerdings Horst Lademacher, Die britische Sozialisierungspolitik im Rhein-Ruhr-Raum 1945–1948, in: Großbritannien und die britische Zone 1945–1949, Wiesbaden 1979, S. 51–92 (hier S. 87 ff.). Da sich Lademacher auf die *britischen* Akten stützt, wird er der Vielschichtigkeit der *amerikanischen* Politik nicht gerecht; zur Korrektur vgl. D. Winkler (a. a. O.).

lich gefährdet, wenn nicht gar völlig zerstört hätte werden können.

Die intensive Einflußnahme der NAM und des NFTC gegen die Einführung der partitatischen Mitbestimmung in der Montan-Industrie und das anschließende Disengagement in diesem Sektor⁵⁵⁾ geben der These, daß im Sozialisierungsfalle ein gravierender Vertrauensverlust eingetreten wäre, eine hohe Wahrscheinlichkeit. Die Auseinandersetzungen um die Mitbestimmung belegen jedoch auch, daß trotz der massiven Intervention amerikanischer Geschäftsleute konträre strukturpolitische Entscheidungen getroffen werden konnten. Im Falle der Mitbestimmung war es sogar die amerikanische Hochkommission, die gegen die transnationalen Interventionen amerikanischer Geschäftsleute durch die Aufhebung der ursprünglich verordneten Suspendierung einen wesentlichen Impuls für eine bundesgesetzliche Mitbestimmungsregelung

gab⁵⁶⁾. Ebenso wie die amerikanische Regierung eine demokratische Entscheidung zugunsten der Sozialisierung der Grundstoffindustrie respektiert hätte, kann dies auch für die amerikanische Geschäftswelt angenommen werden, zumal sie später (1952) ebenfalls den Stabilisierungseffekt der Mitbestimmung erkannte⁵⁷⁾.

Wie groß oder wie klein auch immer der *indirekte* Beitrag des Marshall-Plans zur Verhinderung der Sozialisierung der Ruhrindustrie gewesen sein mag, es verdient festgehalten zu werden, daß in der US-Zone (in Hessen) ungeachtet des Marshall-Plans Grundstoffindustrien sozialisiert wurden und daß sich die amerikanische Regierung mit Gesetz Nr. 75 selbst band, eine freie demokratische Entscheidung des deutschen Volkes zuzulassen und anzuerkennen, und zwar unabhängig davon, ob sie inhaltlich ihrem Wunsch entspräche oder nicht^{57a)}.

VII. Die sozioökonomischen Wirkungen

Der Wandel des sozioökonomischen Klimas in Westdeutschland zugunsten einer freien Marktwirtschaft mit starken sozialen Komponenten war nicht zuletzt eine Folge des *Funktionierens* (und nicht eine Vorbedingung) des Marshall-Plans. Zusätzlich zu den positiven psychologischen Impulsen, die durch die gleichberechtigte Einbeziehung des besiegten Landes in das Europäische Wiederaufbauprogramm erzeugt wurden, ist derjenige Teil des Marshall-Plans, der „Technische Hilfe“ genannt wurde, als ein wichtiger Faktor in diesem Wandlungsprozeß anzusehen.

Unveröffentlichte Dokumente belegen, daß in Deutschland die Attraktivität der amerikanischen politischen und sozialen Kultur als Folge der Vielzahl direkter transnationaler Kontakte, die durch die technische Hilfe organisiert wurden, zunahm. Deutsche Gewerkschafter kehrten von ihrer USA-Reise als „Botschafter der amerikanischen Demokratie“ zurück; sie waren beeindruckt von der Rolle, „die die American Federation of Labor sowohl im wirtschaftlichen und politischen Leben der

USA als auch in den internationalen Beziehungen spielen“⁵⁸⁾.

Beispielhaft kann dieser Effekt anhand der Studienreise dokumentiert werden, die Markus Schleicher (Vorsitzender des Zonenausschusses der Gewerkschaften der amerikani-

⁵⁶⁾ Siehe dazu W. Link, Deutsche und amerikanische Gewerkschaften und Geschäftsleute 1945–1975, a. a. O., S. 75 ff.

⁵⁷⁾ Vgl. ebd., S. 138 f.

^{57a)} Diese Interpretation wird zusätzlich durch die Tatsache gestützt, daß sowohl Großbritannien als auch Frankreich die amerikanische Selbstbindung ernst nahmen. Die britische Regierung wertete nämlich „das Ergebnis in der Sozialisierungsfrage nicht als Niederlage, sondern als Erfolg“; sie dankte der amerikanischen Regierung, daß sie eine Übereinkunft akzeptierte, „which did not preclude the eventual socialisation of these industries“ (zit. bei Rolf Steininger, Reform und Realität. Ruhrfrage und Sozialisierung in der anglo-amerikanischen Deutschlandpolitik 1947/48, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 27, 1979; S. 228). Die französische Regierung war empört, da sie ebenfalls die Möglichkeit einer späteren Verstaatlichung, die sie allerdings strikt ablehnte, durch die Präambel des Gesetzes Nr. 75 gegeben sah (vgl. Poidevin, a. a. O., S. 326).

⁵⁸⁾ Leo Werts, OMGUS, an Philip M. Kaiser, Department of Labor, 12. 1. 1949; Henry Rutz, Repräsentant der AFL in Deutschland, an AFL-Präsident William Green, 19. 1. 1949, AFL Papers, State Historical Society of Wisconsin, Madison, Wisconsin.

⁵⁵⁾ Statt privater Anleihen wurden aber (ab 1953) staatliche Anleihen an die Montan-Union gegeben, von denen die deutschen Werke den Hauptanteil erhielten; siehe Industrie-Kurier, 29. 7. 1958, Die Welt, 20. 5. 1964.

schen Zone), Fritz Dahlmann (britische Zone), Adolf Ludwig (französische Zone) und Ernst Scharnowski (Unabhängige Gewerkschaftsorganisation Berlin) vom 6. Oktober bis 30. November 1948 unternahmen⁵⁹⁾.

Die Gewerkschafter waren äußerst beeindruckt — nicht nur von der Größe des Landes und der Produktivität der amerikanischen Wirtschaft, sondern insbesondere von dem hohen Lebensstandard der Arbeiter und der Stärke der amerikanischen Gewerkschaften sowie von dem Interesse, das auch bei Regierungsstellen an der Mitwirkung der deutschen Gewerkschaften an den entscheidenden Wiederaufbauprogrammen bestand. In diesem Sinne berichteten sie nach ihrer Rückkehr in offiziellen Rundschreiben, in Aufsätzen und in zahlreichen Gewerkschaftsversammlungen über ihre Eindrücke. In einem Zeitraum von drei Monaten sprach z. B. Markus Schleicher auf 25 Veranstaltungen über seine USA-Reise und die amerikanischen Lebens- und Arbeitsverhältnisse. Vor allem die Einflußmöglichkeiten der amerikanischen Gewerkschaften wurden als Vorbild empfohlen: Sie seien weit größer als in Deutschland und basierten auf einer ausgezeichneten Zusammenarbeit zwischen der Betriebsführung und den Gewerkschaften; die deutschen Arbeiter und ihre Gewerkschaften würden froh sein, wenn sie ihre von der Militärregierung suspendierten Betriebsrätegesetzte gegen diesen politischen Einfluß der Gewerkschaften in den Vereinigten Staaten eintauschen könnten.

Insgesamt betrachtet, hatten die aus den Marshall-Plan-Mitteln finanzierten Studienreisen das offizielle Hauptziel, die Produktivität der europäischen Wirtschaften zu steigern, und dieses Ziel wurde durch die Übertragung amerikanischen technischen Wissens und amerikanischer Sozialphilosophie zu erreichen versucht.

Die Veröffentlichungen des Rationalisierungs-Kuratoriums der Deutschen Wirtschaft (der ERP-Produktivitätszentrale in Deutschland) zeigen, daß der Technologietransfer als vorrangig betrachtet wurde und die entsprechenden Bemühungen auch quantitativ vorherrschten⁶⁰⁾. Die Unterlagen belegen jedoch auch, daß der sozialphilosophische und sozial-

politische Transfer in seiner grundlegenden Bedeutung klar erkannt wurde, und zwar nicht nur von den amerikanischen Geschäftsleuten. Im Public Advisory Board der Economic Cooperation Administration (in dem Vertreter der Gewerkschaften, der Unternehmer und der ERP-Administration zusammenarbeiteten) betonten insbesondere die Repräsentanten der AFL und des CIO die Verbindung von Produktivitätssteigerung und Sozialpartnerschaft.

So führte beispielsweise James B. Carey, der Schatzmeister des CIO, in einer Denkschrift aus, daß eine Produktivitätssteigerungspolitik, die Arbeitern, Verbrauchern und Unternehmern einen gerechten Anteil am Produktivitätszuwachs zukommen lasse, der wirksamste Weg zur Wiedergewinnung der demokratischen Loyalität der europäischen Arbeiterschaft sei⁶¹⁾: „Der Gedanke der gleichzeitigen Steigerung der Produktion und des allgemeinen Konsums ist das typischste amerikanische Produkt, das wir exportieren können. Es ist meiner Ansicht nach die beste Antwort der Demokratie auf die kommunistische Behauptung, daß Konflikt und Zusammenbruch unvermeidliche Produkte unserer Art von Wirtschaftsgesellschaft sind . . . Wir haben in unserer amerikanischen Erfahrung die Antwort auf den Kommunismus gefunden. Unsere Freunde in Europa wollen diese Idee erproben und ihren Bedingungen anpassen. Ich glaube nicht, daß wir sie im Stich lassen sollten, selbst wenn einige furchtsame Gemüter es ‚Einmischung‘ nennen mögen.“

Deutscherseits hatte der Bundesminister für den Marshall-Plan, Blücher, schon bei seinem USA-Besuch im Februar 1950 den Beamten des State Department erklärt⁶²⁾, zur Steigerung der Produktion sollte eine aktive Lohnpolitik betrieben werden, und dabei würden „die Beispiele, wie sie aus größeren Betrieben der USA bekanntgeworden sind, als Muster dienen“.

Dementsprechend galt — wie das Bundesministerium für den Marshall-Plan nach den ersten Besuchsreisen konstatierte — ein großer Teil der Untersuchungen der US-Reisenden dem Verhältnis zwischen Betriebsführung und Arbeitnehmern in den amerikanischen

⁵⁹⁾ Reisenotizen und Redemanuskripte Schleichers, DGB-Archiv, Düsseldorf. Die englischen Fassungen befinden sich in den AFL-Papers in den OMGUS-Akten (National Archives, Suitland) und in der Truman Library.

⁶⁰⁾ Vgl. Heinz Hartmann, Amerikanische Firmen in Deutschland, Köln und Opladen 1963.

⁶¹⁾ Memorandum für den Public Advisory Board vom 22. 1. 1952 (CIO, Sec. Treas., Box 129, MSA-Correspondence).

⁶²⁾ Besprechung im State Department am 7. 2. 1950 mit Mr. Byroade und Assistenten, Aufzeichnung (NL Blücher, 148).

Betrieben⁶³): „Dieses Verhältnis basiert auf dem gemeinsamen Ziel der Produktivitätssteigerung. Beide Partner gehen dabei von der Erkenntnis aus, daß jede Steigerung der Produktivität sowohl dem Unternehmen als auch den Arbeitnehmern zugute kommt, indem sie Preissenkungen bei gleichzeitiger Erhöhung der Produktion und der Löhne, verbunden mit Verkürzung der Arbeitszeit, mit sich bringt. In der wissenschaftlichen und praktischen Erforschung aller Probleme, die mit dem Begriff der Produktivität verbunden sind, hat man in den USA, wie die deutschen Sachverständigen feststellen konnten, gerade in den letzten Jahren beträchtliche Fortschritte erzielt.“

Berichte von Unternehmern und Arbeitnehmern bestätigen, daß durch die ERP-Studiengruppenreisen eine Vermittlung von amerikanischen Vorstellungen der sozialpartnerschaftlichen Produktivitäts- und Konsumsteigerung in das deutsche politisch-soziale System erfolgte. Darüber hinaus wurde die Zusammenarbeit zwischen staatlichen Stellen, Arbeitnehmern und Gewerkschaften, die durch die US-Studienreisen initiiert worden war und sich an diesen Vorstellungen orientierte, institutionalisiert: Im Jahre 1952 wur-

den der „Ausschuß für die Produktionssteigerung im Kohlebergbau“ und der „Deutsche Produktivitätsrat“ gegründet, in dem Vertreter der Bundesregierung, des BDI/BDA, des DGB und der Mutual Security Agency (MSA) vertreten waren. Zwar war in diesem Gremium das transnationale Element durch die Nachfolgeorganisation der amerikanischen Marshall-Plan-Verwaltung nur schwach vorhanden und fehlten (im Gegensatz zu dem British-American Productivity Council) die amerikanischen Gewerkschafts- und Unternehmervertreter. Aber dieser Prototyp der „Konzertierten Aktion“ veranschaulichte, wie stark der von James Carey und anderen Vertretern amerikanischer Gesellschaftsgruppen empfohlene „Export“ amerikanischer Ideen zur Wirkung kam.

Im Unterschied zu diesen Ausschüssen, in denen Vertreter der Arbeitgeber und Gewerkschaften zusammenwirkten, wurden ebenfalls unter der ERP-Ägide multilateral und bilateral spezielle Gremien und Konferenzen für die transnationale Zusammenarbeit initiiert, in denen ausschließlich Unternehmer aus den atlantischen Ländern vertreten waren.

VIII. Der Beitrag zum Wirtschaftsaufschwung

Von den sozioökonomischen Wirkungen des Marshall-Plans ist der im engeren Sinne wirtschaftliche Beitrag zu unterscheiden. Während er im öffentlichen Bewußtsein durchweg hoch eingeschätzt wurde, sind in der wissenschaftlichen Literatur erhebliche Relativierungen versucht worden. Charles Kindleberger hat (u. a. in Auseinandersetzung mit James Wallich) schon in den sechziger Jahren die entscheidende Rolle des Marshall-Plans für den Wirtschaftsaufschwung bestritten und statt dessen postuliert, daß „das sine qua non das elastische Angebot an Arbeitskraft war, wodurch die Löhne niedrig und die Gewinne und Investitionen hoch gehalten wurden“⁶⁴. Darüber hinaus hat neuerdings Werner Abels-

hauser argumentiert, daß auch der Anstoß zum Wirtschaftsaufschwung nicht vom Marshall-Plan ausging, sondern daß der Wiederaufbau schon im Herbst 1947 in vollem Gang war, bevor der Marshall-Plan in Kraft trat und die ersten ERP-Lieferungen eintrafen⁶⁵. Obwohl beide Argumente auf relevante Bedingungsfaktoren verweisen, die zweifellos außerhalb des Wirkungszusammenhanges der ERP-Hilfe liegen, können sie gegenüber einer Reihe anderer Fakten kein durchschlagendes Gewicht gewinnen:

Erstens: Die für die Bizone bzw. Trizone zuständige Joint Export-Import Agency antizipierte bereits im Herbst/Winter 1947 die baldige Verfügbarkeit der ERP-Mittel und autorisierte die deutsche Wirtschaftsverwaltung, ein Import-Programm in Höhe von 400 Millionen

⁶³) ERP-Informationen, Nr. 37, 19. 7. 1950. Mit dem Programm und dem Begriff „Technische Hilfe“ war also keineswegs die (von Heinz Hartmann als Mißverständnis kritisierte) Auffassung verbunden, daß eine Trennung zwischen technisch-instrumentellem und ideologisch-weltanschaulichem Export erfolgen solle bzw. könne.

⁶⁴) Charles Kindleberger, *Europe's Postwar Growth*, Cambridge, Mass. 1967, S. 30; Henry C. Wallich, *Mainspring of German Revival*, New Haven 1955.

⁶⁵) Werner Abelshauser, *Die Rekonstruktion der westdeutschen Wirtschaft und die Rolle der Besatzungspolitik*, in: C. Scharf und H.-J. Schröder, *Politische und ökonomische Stabilisierung*, a. a. O., S. 1 ff.; und ders., *Wirtschaft in Westdeutschland 1945-1948*, Stuttgart 1975.

US-Dollar für 1948 vorzubereiten; d. h. „noch bevor die ersten ERP-Lieferungen Deutschland erreichten, war der Nutzeffekt des bevorstehenden umfassenden Hilfsprogramms bemerkbar geworden“⁶⁶).

Zweitens: Der Prozeß der wirtschaftlichen Wiederbelebung und des Aufschwungs hatte sich noch nicht stabilisiert, als das Europäische Wiederaufbauprogramm 1948/49 tatsächlich realisiert wurde. Ganz im Gegenteil gab es Ende 1949 Zeichen einer wirtschaftlichen Stagnation, und es waren die Marshall-Plan-Gelder, mit deren Hilfe der „eigentliche Wiederaufbau“ (Pohl) zustande gebracht wurde. Im Jahre 1950 betragen die Gesamtinvestitionen zwischen 9 und 10 Milliarden DM, von denen 2 Milliarden DM (= 20—25%) aus den ERP-Gegenwert-Mitteln stammten. Diese Mittel wurden in einem Planungsverfahren, das von einem interministeriellen Ausschuß und der Kreditanstalt für Wiederaufbau besorgt wurde, konzentriert auf kritische Wirtschaftsbereiche wie elektrische Energieerzeugung, Kohlebergbau, Wohnungsbau und Transportwesen gelenkt. „Erst hierdurch wurde eine kontinuierliche Industrieentwicklung ermöglicht. Nicht aus der absoluten Höhe der Gesamtinvestitionen, sondern aus ihrem gezielten und sinnvollen Einsatz resultierte jene Effektivität, aus der heraus die Basis der gesamten Wirtschaft, nämlich die Grundstoffindustrie, geschaffen wurde.“⁶⁷) Die Gegenwert-Mittel stellten ein Planungsinstrument dar, das selbst in einem System freier Marktwirtschaft notwendig war. Der Marshall-Plan und

die anschließenden privaten amerikanischen Kapitalmittel (die infolge der positiven Erstwirkungen des Marshall-Plans verfügbar wurden) statteten die deutsche Wirtschaft mit dem notwendigen Produktionsfaktor „Kapital“ aus; das reiche Angebot des Faktors „Arbeit“ hätte allein den Wirtschaftsaufschwung nicht bewerkstelligen können.

Drittens: Die ERP-Hilfe versetzte Deutschland in die Lage, weiterhin die für den Wirtschaftsaufschwung notwendigen Einfuhren von Lebensmitteln, Rohstoffen, Brennstoffen und Maschinen zu bezahlen, für die zunächst keine hinreichenden Exporterlöse zur Verfügung standen (1948/49 wurden ca. 50% aller Importe auf dem Wege der Auslandshilfe finanziert). Ferner trug der Marshall-Plan merklich zu dem enormen Anstieg der deutschen Exporte bei (vor allem in Richtung USA). Die Gesellschaft zur Förderung des deutsch-amerikanischen Handels, das deutsche Dollar-Drive-Bureau, wurde im Kontext des Marshall-Plans gegründet und teilweise aus ERP-Mitteln finanziert⁶⁸).

Da dieser geplante Gesamtprozeß auch entscheidungsmäßig und personell im Zusammenwirken zwischen deutschen Stellen und Vertretern der amerikanischen ERP-Verwaltung (Economic Cooperation Administration, ECA) gesteuert wurde, kann gesagt werden, daß in diesem umfassenden Rahmen gemeinsamer Entscheidungen (Arkes) amerikanische ECA-Vertreter direkt am deutschen Wiederaufbau und am Wirtschaftsaufschwung der Bundesrepublik Deutschland beteiligt waren.

IX. Resümee

Zusammenfassend ergibt sich mithin, daß der Marshall-Plan zwar kein Deutschland-Plan, sondern (seinem offiziellen Namen entsprechend) ein Europa-Plan mit integrativer Zielsetzung war, in dessen innovativem Rahmen aber auch die wirtschaftlichen und politischen Probleme der amerikanischen Deutschland-Politik gelöst werden sollten. Die Verbindung ist in starkem Maße von liberalen Vertretern der ökonomischen Elite, die enge Beziehun-

gen zu Deutschland hatten, angeregt worden. Der Gesamtplan ist Ausdruck einer breiten liberalen Strömung in der amerikanischen Gesellschaft, und bei seiner Durchführung wurden den europäischen Staaten (einschließlich Deutschlands) eine gleichberechtigte Mitwirkung eingeräumt.

Das Europäische Wiederaufbauprogramm trug (in Verbindung mit anderen Faktoren) direkt zu dem kontinuierlichen Wiederaufbau und zu dem immensen Wirtschaftsaufschwung Westdeutschlands bei. Indirekt förderte der Marshall-Plan die Entwicklung zur

⁶⁶) John H. Backer, *Priming the German Economy*, Durham, N. C. 1971, S. 179.

⁶⁷) Manfred Pohl, *Wiederaufbau, Kunst und Technik der Finanzierung 1947–1953*, Frankfurt 1973, S. 129. Siehe auch die Gesamtübersicht über die Nutzung der Gegenwert-Mittel in allen ERP-Ländern bei Arkes, a. a. O., S. 285 ff.

⁶⁸) Siehe dazu W. Link, *Deutsche und amerikanische Gewerkschaften und Geschäftsleute 1945–1975*, a. a. O., S. 141 f.

Gründung der Bundesrepublik Deutschland, und er trug ebenfalls indirekt dazu bei, daß die Bundesrepublik Deutschland sich politisch für den Westen und ökonomisch für die soziale Marktwirtschaft entschied. Dieser Beitrag kam nicht im entferntesten einem Zwang oder Oktroi gleich; die politische und wirtschaftliche Westorientierung und Westintegration war eine genuin deutsche Entscheidung. Auch die Wirtschaftsverfassung wurde den Deutschen nicht von den Amerikanern aufgezwungen.

Abgesehen davon, daß der Marshall-Plan mit den Investitionen aus den Gegenwart-Mitteln selbst ein Element der Planwirtschaft enthielt, war seine Annahme nicht gleichbedeutend mit dem Verzicht auf Planung oder demokratische Sozialisierungsmaßnahmen. In Hessen wurden Grundstoffindustrien aufgrund der freien Entscheidung des Landesparlaments sozialisiert, und die aus übergeordneten politischen Gründen vorgenommene Suspendierung der Sozialisierungsgesetze in Nordrhein-Westfalen wurde mit der Selbstbindung der

amerikanischen und britischen Regierung verbunden, die definitive Entscheidung einer frei gewählten deutschen Regierung zu überlassen.

Die mannigfachen pro-westlichen und insbesondere pro-amerikanischen Wirkungen des Marshall-Plans waren möglich, weil die deutsche Bevölkerung in ihrer großen Mehrheit und alle demokratischen Parteien und Verbände positiv auf das amerikanische Hilfsprogramm reagierten⁶⁹⁾ und weil dessen kooperative Umsetzung spürbar erfolgreich war. Materielle und ideelle Faktoren wirkten zusammen, und daraus resultierten jene engen deutsch-amerikanischen Beziehungen, die treffend als das Zweite Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland bezeichnet worden sind⁷⁰⁾.

⁶⁹⁾ Siehe u. a. die OMGUS-Umfragen (A. J. und R. L. Merritt, *Public Opinion in Occupied Germany*, Chicago und London 1970, insbes. S. 313f.) und die Allensbacher Umfragen (vgl. E. Ott, a. a. O., S. 33).

⁷⁰⁾ W. Leisler Kiep, *Good-by Amerika — was dann?*, Stuttgart-Degerloch 1972, S. 106.

Heinrich Brüning und die „konservative Alternative“

Kritische Anmerkungen zu neuen Thesen über die Endphase der Weimarer Republik

Josef Becker hat in einem Beitrag, der kürzlich in dieser Zeitschrift erschienen ist¹⁾, ein deziert positives Urteil über die Kanzlerschaft Brünings abgegeben, dessen „konservativer Kurs letzten Endes nicht an falschen Konzeptionen für die Innen- und Außenpolitik gescheitert“ sei. Diese Feststellung gilt gleichermaßen a) für die deflationäre Finanz- und Wirtschaftspolitik, die ganz auf der Höhe der damals herrschenden Lehre der Nationalökonomie gestanden und zu der es angesichts des Inflationssyndroms in Deutschland und der Bestimmungen des Young-Plans keine Alternative gegeben habe, b) für die Wende zur „autoritären Regierung über den Parteien“, weil es dem Weimarer Parlamentarismus an genügender „Problemlösungskapazität“ gefehlt habe, c) schließlich auch für die Außenpolitik, die — entsprechend einer eigenen Bekundung des ehemaligen Reichskanzlers — eine „organische Weiterentwicklung“ der Politik Stresemanns gewesen, deren Methoden zwar geändert, deren Zielsetzungen aber übernommen worden seien.

Für Becker enthielt diese Politik die „konservative Alternative“, die, wenn sie Erfolg gehabt hätte, Deutschland und der Welt die Schrecken des Nationalsozialismus erspart hätte. Damit greift er eine These erneut auf, die Friedrich Meinecke bereits 1947 aufgestellt²⁾ und die lange Zeit das Urteil über Brüning in der Bundesrepublik geprägt hat. Doch Becker geht noch über Meinecke hinaus, indem er nicht nur konstatiert, was ein Erfolg von Brünings Politik hätte verhindern können, sondern auch positiv Brünings Zielvorstellungen umschreibt: innenpolitisch eine Parlamentarismusreform „nach dem britischen Vorbild und entsprechend den Traditionen der konstitutio-

nellen Monarchie in Deutschland“³⁾; außenpolitisch die „friedliche Ablösung des Versailler Systems durch eine neue europäische Ordnung, in der das Deutsche Reich die Rolle der stärksten Großmacht spielen konnte, ohne das fatale Risiko der Gegensätze der Vorkriegszeit und damit Gefahr eines neuen großen Krieges“.

Beckers Ausführungen mitsamt ihren näheren Begründungen fordern zur Stellungnahme heraus, da er die wissenschaftliche Diskussion über die Politik Brünings, die nach dem Erscheinen von dessen Memoiren im Jahre 1970 geführt worden ist und in der die kritischen Urteile über die Reichskanzlerschaft des westfälischen Zentrums politiklers bei weitem überwogen⁴⁾, eher beiläufig oder überhaupt nicht zur Kenntnis nimmt und auf eine explizite Auseinandersetzung mit ihr verzichtet. Im folgenden will ich so vorgehen, daß ich einige Aussagen Beckers über Stationen und Probleme der Kanzlerschaft Brünings herausgreife und auf ihre Stichhaltigkeit untersuche, um dann abschließend die grundsätzliche Frage nach Durchführbarkeit und Bedeutung der „konservativen Alternative“ aufzuwerfen.

Die fortgesetzte Anwendung des Art. 48 der Weimarer Reichsverfassung durch Brüning erachtet Becker angesichts der Unfähigkeit des Reichstages zu positiver Mehrheitsbil-

³⁾ Diese Formulierung erscheint zwiespältig, da sie die beträchtlichen Unterschiede von britischem Parlamentarismus und preußisch-deutschem Konstitutionalismus negiert. Daß Brüning nur das zweite wollte, glaubt wohl auch Becker, der an anderer Stelle seines Aufsatzes von der „Restauration der Hohenzollernmonarchie“ als Brünings Ziel spricht.

⁴⁾ Siehe vor allem Karl Dietrich Bracher, Brünings unpolitische Politik und die Auflösung der Weimarer Republik, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 19 (1971), S. 113—123; Gerhard Schulz, Erinnerungen an eine mißlungene Restauration, in: Der Staat 11 (1972), S. 61—81; Ernest Hamburger, Betrachtungen über Heinrich Brünings Memoiren, in: Internationale Wissenschaftliche Korrespondenz 15 (1972), S. 18—39.

¹⁾ Heinrich Brüning und das Scheitern der konservativen Alternative, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 22/80 vom 31. Mai 1980.

²⁾ Friedrich Meinecke, Die deutsche Katastrophe. Betrachtungen und Erinnerungen, Wiesbaden 1947, S. 105.

dung als notwendig. Darüber hinaus verweist er zur Rechtfertigung auf den häufigen Gebrauch dieses Artikels in den schwierigen Anfangsjahren der Republik. Die oftmalige Anwendung des Art. 48 durch Reichspräsident Ebert ist nicht zu bestreiten. Allerdings — und hierauf hat nachdrücklich Gerhard Schulz schon 1964 hingewiesen⁵⁾ — diente er unter Ebert dem „unentwegten Bemühen der Reichsregierung, die den Weg der ordentlichen Gesetzgebung erschwerenden Momente der bundesstaatlichen Reststruktur der Reichsverfassung aushilfsweise zu überwinden“. Der Art. 48 wurde weder zu einem „Ausnahmeweg der Legislative“ noch führte er eine Stärkung der Machtstellung des Reichspräsidenten herbei. Ähnliches läßt sich bei der Regierung Brüning nicht feststellen; hier diente der Art. 48 als Kampfmittel gegen das Parlament, zur „unaufhörlichen Durchbrechung der parlamentarischen Komponente der Weimarer Reichsverfassung“⁶⁾ und schließlich zur Etablierung des Präsidialregimes, das die Gewichte zwischen Reichstag, Reichsregierung und Reichspräsident entscheidend verschob. Der Gebrauch des Art. 48 zu Beginn und am Ende der Weimarer Republik vollzog sich auf zwei verschiedenen Ebenen und unter gegensätzlichen Zielrichtungen, die eine Gleichsetzung verbieten.

An der Feststellung Beckers, daß das Parlament und die in ihm vertretenen Parteien durch ihr Verhalten Ende 1929/Anfang 1930 die Betrauung Brünings mit der Reichskanzlerschaft und die Hinwendung zum Präsidialregime erleichtert oder gar notwendig gemacht haben, ist vieles richtig. Es sollte jedoch nicht verkannt werden, daß die sinkende Kompromißbereitschaft der Flügelparteien der Großen Koalition und der hinter ihnen stehenden Interessengruppen dadurch gefördert wurde, daß bereits seit Januar 1930 hinter den Kulissen laut und vernehmlich von einer kommenden „Hindenburg-Regierung“ gesprochen wurde und es für viele nur eine Frage der Zeit erschien, bis die SPD aus der Regierung gedrängt würde. Selbst eine Reihe der Befürworter der Fortsetzung der Großen Koalition wünschten ihr im Frühjahr 1930 lediglich ein Überleben für die nächsten Monate, um dann

⁵⁾ Gerhard Schulz, Der Artikel 48 in politisch-historischer Sicht, in: Der Staatsnotstand. Vorträge, gehalten im Sommersemester 1964, hrsg. von Ernst Fraenkel, Berlin 1965, S. 52.

⁶⁾ Ebenda, S. 62.

andere Überlegungen und Konstellationen Platz greifen zu lassen. Die Große Koalition ist nicht zuletzt daran gescheitert, daß durch die reale Möglichkeit einer Präsidialregierung nach Art. 48 eine Alternative zur Verfügung stand. So ist der Übergang zum Präsidialregime im März 1930 nicht nur eine Folge des Scheiterns der Großen Koalition, sondern zugleich auch eine ihrer Ursachen⁷⁾.

Seine eigentliche Ausformung erhielt das Präsidialregime allerdings erst nach der Auflösung des Reichstages und seiner Neuwahl am 14. September 1930, deren Bedeutung Becker nicht allzu hoch einschätzt, die mir jedoch als sehr wichtig erscheint, da sie in mehrfacher Hinsicht tiefgreifende Auswirkungen hatte und neue Bedingungen schuf, die die Situation für das Kabinett grundlegend wandelten. Deshalb muß auf die Konsequenzen der Septemberwahlen etwas näher eingegangen werden.

Das Ergebnis dieser Wahlen, in denen vor allem die NSDAP überraschend große Gewinne zu verzeichnen hatte, die sie zur zweitstärksten Fraktion im Reichstag machten, führte dazu, daß die Schwierigkeiten des Reichstages zu positiver Mehrheitsbildung ins Unermeßliche vergrößert wurden und der Rückweg zur parlamentarischen Regierungsweise endgültig verschüttet schien. Brüning ist daher für seinen Entschluß, den Reichstag aufzulösen, oftmals getadelt und angegriffen worden, besonders auch deshalb, weil die Auflösung hätte vermieden werden können⁸⁾. Becker kann sich diesen Vorwürfen nicht anschließen, da eine Rückkehr zur parlamentarischen Mehrheitsregierung bereits seit dem Ende der Großen Koalition ausgeschlossen gewesen sei, da Hindenburg und seine Berater von diesem Zeitpunkt an entschieden gegen eine von der SPD mitgetragene Reichsregierung votierten.

⁷⁾ Zum Ende der Großen Koalition die bisher nicht genügend rezipierte Arbeit von Ilse Maurer, Reichsfinanzen und Große Koalition. Zur Geschichte des Reichskabinetts Müller, 1928—1930 (= Moderne Geschichte und Politik, Bd. 1), Bern-Frankfurt/M 1973, sowie das einleitende Kapitel von: Politik und Wirtschaft in der Krise 1930—1932. Quellen zur Ära Brüning, bearb. von Ilse Maurer und Udo Wengst unter Mitwirkung von Jürgen Heideking, eingel. von Gerhard Schulz (= Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Reihe 3: Die Weimarer Republik, Bd. 4), Düsseldorf 1980.

⁸⁾ Anstelle vieler: Karl Dietrich Bracher, Die Auflösung der Weimarer Republik. Eine Studie zum Problem des Machtverfalls in der Demokratie, Villingen 1964⁴, S. 367 ff.

Einen zweiten Einwand, daß die NSDAP durch ihren Wahlerfolg das Sprungbrett für ihren weiteren Aufstieg gefunden habe, läßt Becker ebenfalls nicht gelten, da die „Massenwirksamkeit Hitlers und seiner totalitären Bewegung“ nicht „entscheidend gebremst worden wäre, wenn Demagogen wie Goebbels die Tribüne des Berliner Parlaments nicht zur Verfügung gestanden hätte“.

Diesen Feststellungen und Überlegungen ist sicherlich zuzustimmen, andererseits muß aber betont werden, daß damit nicht alle Wirkungen der Septemberwahlen erfaßt werden. So ist für die weitere Entwicklung von nicht geringer Bedeutung, daß das Bild, das die Reichstagssitzungen nach den Septemberwahlen mit dem teilweise rüpelhaften Benehmen einzelner Abgeordneter und ganzer Fraktionen, mit den immer wieder vorkommenden Schlägereien, mit den hetzerischen Reden vor allem der NSDAP-Abgeordneten und schließlich mit der stets von neuem demonstrierten Unfähigkeit zu sachlicher Arbeit boten, beim Reichspräsidenten und bei all denen, die für die Abkehr vom parlamentarischen Regieren eintraten oder sie auch nur als Möglichkeit erwogen, die Entscheidung für die Präsidialregierung als richtig erscheinen ließ und so zu ihrer Legitimierung beitrug. Daß darüber hinaus die in der Öffentlichkeit der Weimarer Republik stets vorhandene Parlamentarismus- und Demokratiekritik⁹⁾ täglich neue Nahrung erhielt und sich zunehmend verstärkte, sei nur am Rande erwähnt. Damit waren die Septemberwahlen sowohl für die Verfestigung des Präsidialregimes wie auch für die fortgesetzte Zerstörung des Weimarer parlamentarischen Systems von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Zudem blieb das Wahlergebnis auch nicht ohne Folgen für die Finanz-, Wirtschafts- und Reparationspolitik.

Der internationale Kapitalmarkt reagierte auf das Wahlergebnis mit dem massiven Abzug ausländischer Gelder aus Deutschland. Der Abfluß erwies sich besonders deshalb als gefährlich für das Deutsche Reich, weil es sich im wesentlichen um kurzfristig gegebene Gelder handelte, die in Deutschland langfristig ange-

legt waren¹⁰⁾. Die hieraus resultierende Anfälligkeit für Wirtschaft und Politik war Finanzsachverständigen und Politikern schon seit längerem bekannt, wurde aber erstmals im Gefolge der Septemberwahlen offenkundig und in ihrem ganzen Ausmaß greifbar. Wenn der Devisenabfluß auch bald wieder aufhörte, so stand von nun an die Drohung, daß der Abzug der Gelder erneut einsetzen würde, wenn in Deutschland Entwicklungen Platz griffen, die zu einer Beunruhigung der Kapitalgeber führten, doch stets im Raum. Sie beeinflusste in wachsendem Maße auch die Reparationspolitik der Regierung Brüning und engte ihren Bewegungsspielraum beträchtlich ein. Daraus erwuchs ein besonders großes Problem, da nach den Septemberwahlen schlagartig von verschiedenen Seiten die Forderung erhoben wurde, eine Revision des Young-Plans zu betreiben.

Der Young-Plan war erst im März 1930 vom Reichstag nach heftigen Kämpfen angenommen und vom Reichspräsidenten unterzeichnet worden. Die Entwicklung der Weltwirtschaft ließ jedoch schon bald Zweifel an der Durchführbarkeit des Planes auftauchen, der Deutschlands Reparationsverpflichtungen endgültig festlegte und ihm die Zahlung beträchtlicher Annuitäten für mehrere Jahrzehnte auferlegte¹¹⁾. Die Bedenken gegenüber den wirtschaftlichen Auswirkungen des Young-Plans machte sich naturgemäß vor allem die deutsche Seite zu eigen, und wenn man den späteren Aussagen von Reichsaußenminister Curtius und dem Geschäftsführenden Präsidialmitglied des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, Ludwig Kastl, Glauben schenken darf, die beide zu den Unterzeichnern des Planes gehörten, so stand für sie bereits bei der Unterzeichnung fest, daß der Plan einer baldigen Revision bedürfe¹²⁾. Die Revision des Young-Planes — das war auch die Meinung Brünings — ließ sich nach allgemeiner Auffassung im Frühjahr 1930 aber nur langfristig realisieren und spielte demgemäß

⁹⁾ Dazu Kurt Sontheimer, Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik. Die politischen Ideen des Nationalismus zwischen 1918 und 1933, München 1962⁴.

¹⁰⁾ Vgl. Charles P. Kindleberger, Die Weltwirtschaftskrise 1929—1939 (= Geschichte der Weltwirtschaft im 20. Jahrhundert, Bd. 4), München 1973, S. 144.

¹¹⁾ Die Entstehung des Young-Plans, dargestellt vom Reichsarchiv 1931—1933, durchgesehen und eingeleitet von Martin Vogt (= Schriften des Bundesarchivs, Bd. 15), Boppard am Rhein 1970.

¹²⁾ Politik und Wirtschaft in der Krise (a. a. O.), S. 452 und 475.

in dem ersten von der Regierung Brüning vorgelegten Regierungsprogramm noch keine Rolle. Nach den Septemberwahlen stellte sich die Lage jedoch anders dar. „Jetzt herrsche in Deutschland allgemein eine Revisionsstimmung“, ließ der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete v. Reventlow am 29. Oktober 1930 im Auswärtigen Ausschuß des Reichstages vernehmen, „und das Befreiungswerk sei im Gange. Das wäre nur die Folge der Wahl vom 14. September 1930“¹³⁾. Wie recht er damit hatte, erwies sich nicht nur im Reichstag, wo KPD, Christlich-sozialer Volksdienst, NSDAP, Landvolkpartei und Wirtschaftspartei ähnlich lautende Anträge zur Revision des Young-Plans einbrachten¹⁴⁾, sondern auch andernorts. So forderte der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund bereits am 12. Oktober 1930 in einer EntschlieÙung die Beseitigung der Reparationen¹⁵⁾, und Kastl betonte am 25. November 1930 vor dem Hauptausschuß des Reichsverbandes der Deutschen Industrie: „Es kommt darauf an, Deutschland von der Höhe der gegenwärtigen Verpflichtungen zu befreien. In dieser Beziehung sind wir alle einer Auffassung, mögen wir dieser oder jener wirtschaftspolitischen Richtung oder Einstellung angehören.“¹⁶⁾ Hierauf antwortete Brüning, der an der Sitzung teilnahm, mit der Feststellung, „daß die Reichsregierung im SchoÙe des Reichskabinetts und unter sorgfältiger Überlegung und Gegeneinanderabstimmung aller ihrer Maßnahmen“ die Frage der Revision des Young-Plans „jeden Tag, in jeder Stunde, in jedem Beschluß vor Augen hat. Aber eines würde ich für meine Person unter allen Umständen ablehnen: an die Frage in einem unzeitgemäÙen Augenblick heranzugehen.“¹⁷⁾

Aber gerade an diese Zusage und Absicht glaubte Brüning sich bald angesichts des wachsenden inneren Druckes nicht mehr halten zu können. Bereits im Januar 1931 stellte er fest, daß die innenpolitische Lage ein weiteres Zögern kaum noch zuließ. „Jederzeit kann sich im Reichstag eine Mehrheit bilden“, schrieb Staatssekretär v. Bülow Ende Januar an Botschafter v. Prittwitz und Gaffron in Wa-

shington, „die uns zwingt, irgendeinen Schritt [in der Reparationsfrage] zu unternehmen. Dies ist für die Haltung des Kanzlers maßgebend.“¹⁸⁾

Die Neuaufrollung der Reparationsfrage, die innenpolitisch infolge der veränderten Bedingungen seit den Septemberwahlen erforderlich erschien, stieß außenpolitisch jedoch auf nicht geringe Schwierigkeiten, wie erste Sondierungen der Reichsregierung bei der britischen Regierung im Herbst 1930 ergeben hatten. Diese war nämlich nach Mitteilungen ihres Botschafters in Berlin, Sir Horace Rumbold, gegenüber Außenminister Curtius nicht bereit, die wirtschaftlichen Schwierigkeiten Deutschlands auf den Young-Plan zurückzuführen, sondern erachtete die innenpolitischen Vorgänge nach den Septemberwahlen, sprich das starke Anwachsen der NSDAP, als deren Ursache¹⁹⁾.

Gegen ein Aufgreifen der Reparationsfrage sprach nicht nur die Erklärung der britischen Regierung, die auch die Warnung enthielt, daß von Deutschland eingeleitete Schritte in dieser Richtung nur zur Wiedereinführung der alliierten Finanzkontrolle über Deutschland führen würde, sondern ebenso die Kreditlage. Darauf wies vor allem Reichsbankpräsident Luther hin, der befürchtete, daß die deutsche Regierung aktionsunfähig werden könnte, „wenn eine Bewegung gegen uns einsetzen“ würde²⁰⁾. Brüning versuchte einen Ausweg aus den sich einander ausschließenden innen- und außenpolitischen Erfordernissen zu finden, indem er die Forderung erhob und durchzuführen versuchte, daß die Reichsregierung nach innen den Eindruck erwecken müsse, daß die Revision des Young-Plans bereits begonnen habe, das Ausland aber im Glauben gelassen werden müsse, „daß wir alle Anstrengungen machen, den Plan zu erfüllen“²¹⁾. Dies kam jedoch einer Quadratur des Zirkels gleich, wie die Ereignisse ab Juni 1931 demonstrierten.

Infolge des Aufrufes der Reichsregierung vom 6. Juni 1931, in dem es u. a. hieß, „daß die äußerste bedrohte wirtschaftliche und finanzielle Lage des Reichs gebieterisch zur Entlastung Deutschlands von untragbaren Repara-

¹³⁾ Ebenda, S. 448.

¹⁴⁾ Verhandlungen des Reichstages. Anlagen zu den Stenographischen Berichten, Berlin 1928—1932, Bd. 448, Nr. 16, 22, 53, 62 und 91.

¹⁵⁾ Politik und Wirtschaft in der Krise (a. a. O.), S. 417 ff.

¹⁶⁾ Ebenda, S. 477.

¹⁷⁾ Ebenda, S. 477.

¹⁸⁾ Ebenda, S. 531.

¹⁹⁾ Ebenda, S. 491.

²⁰⁾ Ebenda, S. 621.

²¹⁾ Ebenda, S. 620.

tionsverpflichtungen zwingt^{21a)}, was zu Moratoriumsgerüchten führte, setzte — verstärkt durch andere Faktoren — ein ungeheurer Kreditabzug ausländischer Gelder aus Deutschland ein, der zum Zusammenbruch des deutschen Bankwesens führte und nahezu die gesamte Wirtschaft — öffentliche wie private — zu vernichten drohte. Brüning nahm diese Entwicklung nicht nur in Kauf, sondern sah in der sich dramatisch zuspitzenden Wirtschafts-, Finanz- und Arbeitsmarktlage ein äußerst wirksames Instrument, um seine außen- und innenpolitischen Pläne binnen kürzester Frist durchzusetzen. Es ging ihm im folgenden nicht darum, die Krise zu beenden, obwohl die soziale Not weiter Bevölkerungskreise gravierend anstieg und eine daraus erwachsende tiefgreifende politische Radikalisierung nicht zu übersehen war. Vielmehr litt Brüning immer wieder unter der Befürchtung, die Krise könne eher durchlaufen sein, als die Beseitigung des Young-Plans und damit die erste Etappe auf dem Weg zur Wiedererlangung außenpolitischer Macht erreicht sei. Brüning hielt daher bewußt am krisenverschärfenden Kurs seiner Politik fest; Maßnahmen zur Krisenbekämpfung waren vorerst überhaupt nicht gefragt und wurden, als im Gefolge des Wagemann-Planes²²⁾ vom Januar 1932 eine breite öffentliche Diskussion darüber einsetzte und entsprechende Forderungen gegenüber der Reichsregierung vorgebracht wurden, nur halbherzig und widerstrebend in Erwägung gezogen. Die deflationäre Finanz- und Wirtschaftspolitik diente politischen Zwecken und war erst in zweiter Linie wirtschaftstheoretisch begründet²³⁾. Eine Ausein-

andersetzung mit ihr muß daher vor allem auf ihre politische Dimension eingehen. Da Becker dies nicht tut, erfassen seine Fragestellungen und Erörterungen das Problem nicht und gehen an den Realitäten vorbei.

Die Frage nach der Legitimität einer Politik, deren außen- und innenpolitischen Revisions- und Restaurationsabsichten jegliche Krisenbekämpfung schon im Ansatz blockierten, ist nicht erst später von Historikern gestellt worden, sondern schon im September 1931, als ihre entscheidende Phase noch in der Zukunft lag. Derjenige, der sich zu diesem Zeitpunkt mit dieser Problematik auseinandersetzte, war kein geringerer als Hans Schäffer, Staatssekretär im Reichsfinanzministerium. Er verfaßte damals eine Denkschrift, in der er nach einer ausführlichen Erörterung der Bedingungen, Auswirkungen und Alternativen der Deflationspolitik die grundsätzliche Frage stellte, ob man es verantworten könne, „an einer richtigen und zweckmäßigen Lösung“ — worunter er die Ablösung des Deflationskurses durch eine Politik der Kreditausweitung und öffentlichen Arbeitsbeschaffung verstand —, „die sozial entlastend und politisch beruhigend wirkt, aus taktischen Gründen vorbeizugehen“?²⁴⁾

Solche Überlegungen und Zweifel blieben Brüning allerdings fremd. Unbeirrt hielt er an seinem Kurs fest, auch als sein Handlungsspielraum begrenzter, die Aussichten auf Erfolge geringer und Mißerfolge bereits offenkundig wurden. Dies erhellen in nicht zu übertreffender Klarheit die Diskussionen, die im Frühjahr 1932 innerhalb des Reichskabinetts über die Aussichten eines erfolgreichen Abschlusses der Reparationspolitik geführt wurden. Sie wurden sowohl innerhalb des Kabinetts als auch von einigen ausländischen Botschaftern in Berlin als recht gering beurteilt, da sich die Kassenlage des Reiches rapide verschlechterte und daher die Einstellung aller Zahlungen befürchtet werden mußte. Staatssekretär Schäffer drang deshalb bei Brüning darauf, seine Politik in der Weise zu ändern, daß er die Regierungen der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und Italiens über die gefährdete Lage Deutschlands informiere und in einer Zusammenarbeit mit ihnen einen Ausweg suchen solle²⁵⁾. Dies um so mehr, als so-

^{21a)} Text in: Ursachen und Folgen. Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart, Bd. VIII, Berlin o. J., S. 160 f.

²²⁾ Ernst Wagemann war Direktor des Instituts für Konjunkturforschung und Präsident des Statistischen Reichsamtes. Aufgrund seiner Ämter und seiner verwandtschaftlichen Beziehungen zu Hermann Warmbold (Schwager), des Wirtschaftsministers im zweiten Kabinett Brüning, von dem bekannt war, daß er seit Dezember 1931 andere Auffassungen als Brüning zur Wirtschaftspolitik entwickelte, löste sein im Januar 1932 vorgelegter Plan zur Kreditausweitung heftige Diskussionen aus. S. Politik und Wirtschaft in der Krise (a. a. O.), S. LXXXIVf., 1240—1249.

²³⁾ Vgl. Hans Mommsen, Heinrich Brünings Politik als Reichskanzler: Das Scheitern eines politischen Alleingangs, in: Wirtschaftskrise und liberale Demokratie. Das Ende der Weimarer Republik und die gegenwärtige Situation, hrsg. von Karl Holl, Göttingen 1978, S. 23 f.

²⁴⁾ Politik und Wirtschaft in der Krise (a. a. O.), S. 939.

²⁵⁾ Ebenda, S. 1317.

wohl Brüning wie Schäffer nicht mit einer baldigen Lösung der Reparationsfrage rechneten und wegen ihrer Koppelung mit den interalliierten Schulden davon ausgingen, noch mindestens bis zum Frühjahr 1933 — nach dem Beginn einer neuen Präsidentschaft in den USA — abwarten zu müssen. Auf die Vorstellungen Schäffers ging Brüning jedoch nicht ein, sondern stellte sich auf den Standpunkt: „Wir müssen unbedingt bis zum Frühjahr 1933 durchhalten, und wenn wir Betrug anwenden sollten.“²⁶⁾

Vor dem Hintergrund dieser Erwartungen und Auffassungen muß auch eine Interpretation jener berühmten Äußerung Brünings vor dem Reichstag am 11. Mai 1932 erfolgen, in der er davon sprach, daß er sich 100 Meter vor dem Ziel befinde. Mochte sich diese Behauptung im nachhinein auf die Reparationspolitik bezogen als richtig herausstellen, so ist doch aufgrund der oben erörterten Diskussionen im Kabinett festzuhalten, daß Brüning selbst am 11. Mai von der Richtigkeit seiner Feststellung nicht überzeugt war. Hierin liegt auch der Grund dafür, daß er bereits zwei Tage später gegenüber dem französischen Botschafter François-Poncet seine Aussage relativierte, indem er feststellte, „es komme bei der Beurteilung der Entfernung vom Ziel auf die Gesamtstrecke an“²⁷⁾. Ähnliche Darlegungen breitete er am 24. Mai im Auswärtigen Ausschuß des Reichstages aus und legte dabei zugleich teilweise die Motive offen, die ihn zu seiner Äußerung bewogen hatten. Es war der Versuch, der wachsenden Kritik an der Reparationspolitik zu begegnen, denn selbst von bisher der Regierung wohlmeinender Seite wurde Brüning jetzt vorgeworfen, der „Reparationsfrage eine zu große Bedeutung“ beizumessen²⁸⁾. Auf fast gleiche Weise hatte sich in einem Brief an Brüning vom 15. Mai 1932 bereits der Reichskommissar für die Osthilfe und Minister ohne Portefeuille, Schlange-Schöninghen, ausgedrückt, indem er unabhängig von der weiteren Entwicklung der Reparationsfrage auf die Arbeitslosigkeit als das Zentralproblem der Regierungspolitik verwies, das vordringlich anzugehen und zu lösen sei²⁹⁾.

Brüning erkannte sehr wohl, daß die sich hier abzeichnende Änderung der Prioritätenskala

der politischen Zielsetzungen ihm den Boden unter den Füßen wegzuziehen drohte, hatte er sich doch seit Monaten den immer wieder erhobenen Forderungen nach Rücktritt oder Kabinettsumbildung nur mit dem Hinweis auf die außenpolitischen Erfordernisse entziehen können. So war seine Äußerung im Reichstag nicht zuletzt auch ein eindringlicher Appell an den Reichspräsidenten und seine Umgebung, an der Regierung Brüning auch weiterhin festzuhalten³⁰⁾. Der Appell ging ins Leere und erzielte keine Wirkung mehr. Wenige Tage später mußte Brüning demissionieren.

Es ist hier nicht der Ort, um ausführliche Erörterungen über den Sturz Brünings anzustellen. Nur soviel sei gesagt: In zumindest zweifacher Hinsicht steht das Ende von Brünings Kanzlerschaft in unmittelbarem Zusammenhang mit seiner Restaurations- und Revisionspolitik. So wurde der Reichspräsident im Mai 1932 erst durch den konsequenten Übergang zum Präsidialregime, den Brüning im Verlauf seiner Amtszeit vollzogen hatte, in die Lage versetzt, im Zusammenwirken mit der Reichswehrführung ohne Rücksicht auf Reichstag und Parteien Brüning zu entlassen und Papen zu seinem Nachfolger zu ernennen. Für den Wechsel zu diesem Zeitpunkt war nicht zuletzt verantwortlich, daß Brüning alles auf einen Erfolg in der Reparationspolitik als erstem Schritt zu einer umfassenden außenpolitischen Revision gesetzt und dabei zu spät gemerkt hatte, daß andere Probleme in den Vordergrund getreten waren, die mehr und mehr als wichtiger erachtet wurden.

Als Zwischenergebnis dieser Anmerkungen kann festgehalten werden, daß sie wichtige Aspekte der Kanzlerschaft Brünings in einem anderen Licht erscheinen lassen, als dies bei Becker der Fall ist. Es konnte nachgewiesen werden, daß die mangelnde „Problemlösungskapazität“ des Weimarer Parlamentarismus zum Jahreswechsel 1929/1930 wenigstens teilweise durch die reale Möglichkeit einer Präsidialregierung bedingt war; daß die Anwendung des Art. 48 durch Brüning von Anfang an diametral anderen Zielen diene als zu Beginn der Republik und daher auch anders beurteilt werden muß; daß die Septemberwahlen eine

²⁶⁾ Ebenda, S. 1317.

²⁷⁾ Ebenda, S. 1450.

²⁸⁾ Ebenda, S. 1483.

²⁹⁾ Ebenda, S. 1455.

³⁰⁾ So auch Rudolf Morsey, Zur Entstehung, Authentizität und Kritik von Brünings „Memoiren 1918—1934“ (= Rheinisch-Westfälische Akademie der Wissenschaften, Vorträge G 22), Opladen 1975, S. 38.

entscheidende Station darstellten, nicht nur weil sie den Niedergang des Parlamentarismus beschleunigten, sondern auch, weil in ihrem Gefolge eine heftige innenpolitische Diskussion über die Beseitigung des Young-Plans einsetzte, die auf die Politik der Regierung Brüning tiefgreifende Auswirkungen besaß; daß die deflationäre Finanz- und Wirtschaftspolitik nicht wirtschaftstheoretisch, sondern politisch begründet war und vor allem aus diesem Grund Maßnahmen zur Krisenbekämpfung nicht ergriffen wurden; daß Brünings Sturz im Mai 1932 u. a. auch ursächlich mit seiner Restaurations- und Revisionspolitik zusammenhing. Ihr werde ich mich abschließend noch einmal auf andere, grundsätzliche Art mit der Frage zuwenden, ob die Ziele, die Brüning anstrebte, überhaupt realisierbar waren:

Becker bejaht diese Frage und sieht daher, wie oben bereits erwähnt, in Brünings Politik eine „konservative Alternative“. Er stellt damit eine sehr weitgehende und in dieser Zuspitzung neue These auf. Sie besagt nämlich nicht mehr und nicht weniger, als daß Brünings Versuch, die außen- und verfassungspolitische Restauration der Hohenzollernmonarchie herbeizuführen, für die deutsche Gesellschaft zu Beginn der dreißiger Jahre eine reale Chance gewesen wäre, ihr gleichsam die Möglichkeit eines „dritten Weges“ zwischen parlamentarischer Demokratie westlicher Prägung und nationalsozialistischer Diktatur geboten hätte. Die Einwände, die sich dagegen formulieren lassen, sind — kurz zusammengefaßt — folgende:

Da sind zunächst Überlegungen über die außenpolitische Durchsetzungsmöglichkeit einer Konzeption anzustellen, die eine Mächtekonstellation in Europa zum Ergebnis haben sollte, in der Deutschland wie in der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg zur dominierenden Großmacht aufsteigt. Becker sieht die hierin liegenden Schwierigkeiten und setzt deshalb hinzu, diese Lösung sollte „nicht mehr das fatale Risiko der Gegensätze der Vorkriegszeit und damit die Gefahr eines neuen großen Krieges“ enthalten. Doch damit ist nur eine Wunschvorstellung ausgedrückt und noch nicht die Frage nach ihrer Realisierung beantwortet. Die bei den anderen europäischen Mächten, vor allem bei Frankreich, offen oder latent vorhandene Gegnerschaft gegen eine so weitreichende Revision von Versailles, die das Ergebnis des Ersten Weltkrieges geradezu auf

den Kopf stellte, aber auch die weitreichenden Absichten und politischen Vorstellungen der Gruppierungen in Deutschland, die am entschiedensten den Weimarer Revisionismus vertraten, wie schließlich der außenpolitische Stil der Regierung Brüning, der im letzten nicht auf Kooperation mit den anderen Mächten angelegt war, lassen die Bedenken erheblich erscheinen, ob seine außenpolitischen Ziele innerhalb eines überschaubaren Zeitraumes realisierbar waren und — was noch schwerer wiegt — ob sie zu einer stabilen Friedensordnung in Europa geführt hätten.

Die Zweifel an der Durchführbarkeit von Brünings Konzeption werden allerdings noch größer, wenn man sich ihrer innenpolitischen Komponente zuwendet. Mit welchen Kräften, so muß man zunächst fragen, wollte Brüning seine verfassungspolitischen Restaurationsabsichten in die Tat umsetzen? Diese Frage drängt sich um so mehr auf, wenn man berücksichtigt, daß er es während seiner Kanzlerschaft peinlich vermied, seine Zielvorstellungen in ihrem ganzen Ausmaß den möglichen Verbündeten mitzuteilen, so daß bereits eingewandt worden ist, daß die Restaurationsabsichten Brünings, wie sie in den Memoiren dargestellt sind, eher einer nachträglichen Konstruktion entspringen, um die eigene Politik im nachhinein zu rechtfertigen und zu legitimieren³¹⁾. Aber auch hiervon abgesehen, weisen der fortschreitende Vertrauensverlust, den Brüning im Verlauf seiner Kanzlerschaft im rechten bürgerlichen Parteienspektrum erlitt, das noch am ehesten für seine Restaurationspläne zu gewinnen gewesen wäre, sowie dessen permanente Schwächung bei gleichzeitigem Anwachsen der Parteien, die eine solche Lösung ablehnten, auf einen irrationalen Kern dieses Konzeptes hin. Noch aussichtsloser erscheint der Restaurationsversuch Brünings im Hinblick auf Reichspräsident und Reichswehrführung, deren Machtstellung infolge des fortgesetzten Regierens nach Art. 48 ständig wuchs und ohne deren Zustimmung eine Verwirklichung überhaupt nicht möglich war. Hindenburg reagierte nach Brünings eigenem Bekunden verständnislos, als ihm der Reichskanzler seine eigentlichen Absichten andeutete³²⁾, und die Reichswehrführung entwickelte unter General v. Schleicher bald eigene,

³¹⁾ So Hans Mommsen, a. a. O., S. 18.

³²⁾ Heinrich Brüning, Memoiren 1918—1934, Stuttgart 1970, S. 512, 582.

von Brüning's Vorstellungen abweichende Auffassungen über die politischen Prioritäten.

Aber selbst wenn man die Frage nach der Möglichkeit der politischen Realisierung der Wiederherstellung des preußisch-deutschen Konstitutionalismus einmal beiseite läßt, wird offenkundig, welche geringe Tragfähigkeit Brüning's Restaurationskonzept aufwies. Die historische Forschung hat sich in den letzten Jahren in mannigfachen Untersuchungen mit der innen- und verfassungspolitischen Konstruktion des Deutschen Kaiserreichs auseinandergesetzt und dabei bei allen Abweichungen und gegensätzlichen Auffassungen im einzelnen zu einem insgesamt kritischen Urteil gefunden, da das politische System aufs Ganze gesehen den Problemen der Gesellschaft des Kaiserreichs mit ihren Industrialisierungs- und Modernisierungsschüben nicht adäquat gewesen sei, jedenfalls solange nicht, wie eine als notwendig empfundene Parlamentarisierung ausblieb³³⁾. Dieser Befund deckt sich mit dem erweiterten Erfahrungshorizont einer später lebenden Generation, der offensichtlich geworden ist, daß moderne Massengesellschaften nicht durch obrigkeitliche Regime zu regieren sind, daß letztlich nur die Alternative

³³⁾ Große Unterschiede gibt es in der Frage, ob die innenpolitische Entwicklung des Kaiserreichs, wenn es nicht zum Ersten Weltkrieg gekommen wäre, zwangsläufig zur Parlamentarisierung geführt hätte. Dieses Problem ist für unseren Zusammenhang jedoch ohne Interesse.

zwischen pluralistisch-demokratischem Parteienstaat in der westeuropäischen Tradition und sozialistischem Einparteiensstaat, der unterschiedliche Schattierungen aufweisen kann, existiert, im Zeitraum von 1920 bis 1945 noch erweitert durch Faschismus und Nationalsozialismus.

Aufgrund dieser Überlegungen muß Brüning's Restaurationsversuch als verhängnisvoll erscheinen. Denn indem Brüning in Anspielung auf die besonderen Gegebenheiten des deutschen Staates und der deutschen Gesellschaft die Wiedererrichtung eines politischen Systems anstrebte, dessen Unterlegenheit gegenüber den westlichen Demokratien sich spätestens im Verlauf des Ersten Weltkrieges herausgestellt hatte und für dessen Funktionieren die Voraussetzungen längst nicht mehr gegeben waren, und sich nicht für die Erhaltung und Verbesserung des Weimarer Parlamentarismus nutzte, sondern den sicherlich engen, aber dennoch vorhandenen Handlungsspielraum bewußt zu seiner Schwächung nutzte, reihte er sich in die Schar der Politiker ein, die wider Willen die Voraussetzungen schufen, die die Machtübernahme des Nationalsozialismus erleichterten.

Das Ergebnis dieser Anmerkungen muß daher gegen Becker so formuliert werden: Es gab keine „konservative Alternative“; Brüning's Kurs ist letzten Endes an falschen Konzeptionen für die Außen- und insbesondere für die Innenpolitik gescheitert.

Geschichtsschreibung im politischen Optativ?

Zum Problem der Alternativen im Prozeß der Auflösung einer Republik wider Willen

Udo Wengst überrascht seine Leser: Im Untertitel der „kritischen Anmerkungen“ zu meinem Aufsatz „Heinrich Brüning und das Scheitern der konservativen Alternative in der Weimarer Republik“ kündigt er eine Auseinandersetzung mit „neuen Thesen über die Endphase der Weimarer Republik“ an — schon drei Sätze weiter erfährt man, daß es sich eigentlich gar nicht um „neue“ Thesen handle, sondern daß in meinem Aufsatz lediglich eine ältere Auffassung wieder aufgegriffen werde, die der damalige Nestor der deutschen Geschichtswissenschaft, Friedrich Meinecke, bereits 1947 vertreten habe. Also „alt“ oder „neu“?

In der Tat stellt meine Deutung — und dies ist in meinem Aufsatz (im folg. zit.: B 22 + Seitenzahl) gleich eingangs nachzulesen — der Kanzlerschaft Brünings als des gescheiterten Versuchs einer konservativen Alternative zum Untergang von Rechtsstaat und Demokratie keineswegs eine neue These dar. Und ebensowenig ist diese Deutung (wie Udo Wengst offensichtlich meint) in der Welle der Brüning-Kritik nach dem Erscheinen der „Memoiren“ des ehemaligen Reichskanzlers im Jahre 1970 untergegangen. Die postume Publikation der Brüning-Memoiren hat zwar für das Bild der politischen Persönlichkeit Brünings weithin einen ähnlichen Effekt ausgelöst wie zuvor schon für Gustav Stresemann das Bekanntwerden von dessen „Kronprinzen-Brief“ und vor allem die Öffnung seines Nachlasses nach 1945. Insgesamt ist durch die Publikation der Brüning-Erinnerungen und die daran anschließende historisch-politische Diskussion das Bild Brünings „facettenreicher“, seine Politik „problematischer“ geworden (B 22, S. 17). Allerdings haben mich auch Udo Wengsts Einwände und Gegenargumente nicht davon überzeugt, daß nun an die Stelle einer „legenda aurea“ in der Beurteilung Brünings und seiner Politik eine „leyenda negra“ zu treten habe, in der Brüning (auf dem Weg einer personalistischen Reduktion der Gesamtproblematik) zur negativen Schicksalsfigur in der Schlußkrise der Weimarer Republik wird. Die folgende

Replik auf die zentralen Punkte der „kritischen Anmerkungen“ mag dies verdeutlichen¹⁾.

I. Zur Wirtschafts- und Finanzpolitik Brünings

In meinem Aufsatz hatte ich in breiter Ausführlichkeit (vgl. B 22, S. 9—13) neueste Forschungsergebnisse des Münchener Nationalökonom und Wirtschaftshistorikers Knut Borchardt referiert, denen für die Beurteilung der wirtschaftlich-sozialen wie auch der politischen Entwicklung der Weimarer Republik grundlegende (im Hinblick auf Auffassungen wie die von Udo Wengst: revolutionäre) Bedeutung zukommt. Die Vermutung lag daher nahe, daß sich Udo Wengst bei seiner Kritik der Brüning'schen Finanz- und Wirtschaftspolitik mit diesen neuen Studien von Knut Borchardt und ihren Ergebnissen auseinandersetzen würde. Dies geschieht nicht; Knut Borchardts Untersuchungen werden mit keinem Wort erwähnt.

Statt dessen greift Udo Wengst zur Begründung seiner Kritik auf das Argument zurück, daß Brünings „deflationäre Finanz- und Wirtschaftspolitik [...] politischen Zwecken“ diene „und erst in zweiter Linie wirtschaftstheoretisch begründet“ war. Daher müsse eine Auseinandersetzung mit ihr „vor allem auf ihre politische Dimension eingehen“, was in meinem Aufsatz nicht geschehen sei (S. 23).

Mit der Feststellung eines Primats der politischen vor den wirtschaftlichen Motiven beim

¹⁾ Es erübrigt sich dabei, auf den polemischen lapsus calami von Udo Wengst näher einzugehen, ich hätte die „wissenschaftliche Diskussion“ seit dem Erscheinen der Brüning-Memoiren „eher beiläufig oder überhaupt nicht zur Kenntnis“ genommen (S. 19). Ich habe einen Aufsatz und kein Buch geschrieben; das letztere wäre notwendig gewesen, wenn ich eine „explizite Auseinandersetzung“ hätte führen wollen. Für den Kenner der Brüning-Literatur der letzten 25 Jahre war ohnedies klar, wo ich an früheren Auffassungen festhalte bzw. mich von anderen Positionen abgrenze.

Kurs der Kabinette Brüning in der Weltwirtschaftskrise rennt Udo Wengst offene Türen ein. Denn seit der Dissertation von Wolfgang J. Helbich über die Reparationen in der Ära Brüning aus dem Jahre 1962 (und nicht erst — wie Udo Wengst anscheinend meint — seit einer Veröffentlichung von Hans Mommsen aus dem Jahre 1978) steht es in der Brüning-Forschung fest, daß die Wirtschafts- und Finanzpolitik wie die Innenpolitik des Reichs in den Jahren 1930—1932 „ganz unter dem Primat der Außenpolitik“ standen (B 22, S. 13). Diese Feststellung läßt aber den Schluß nicht zu (und dies war im wesentlichen ebenfalls bereits ein Ergebnis der Arbeit von Wolfgang J. Helbich), daß Brüning bei einer anderen politischen Prioritätensetzung 1930/31 eine großangelegte Politik der Arbeitsbeschaffung im Sinne der Theorien von John Maynard Keynes eingeleitet hätte oder hätte einleiten können, und zwar mit der konkreten Chance, die Weltwirtschaftskrise in Deutschland rasch in den Griff zu bekommen und auf diese Weise „Hitlers Aufstieg [...] gleichsam mit wirtschaftspolitischen Tricks zu verhindern“ (B 22, S. 12). Brünings „Deflationspolitik [...] war zu einem erheblichen Umfang, objektiv gesehen, unvermeidlich“ — so lautet auch das Urteil Ernest Hamburgers²⁾, dessen Beitrag zur Brüning-Diskussion nach dem Erscheinen der „Memoiren“ Udo Wengst als Exempel einer kritischen historischen Würdigung der deutschen Politik 1930—1932 empfiehlt (S. 19, Anm. 4).

Für seine Auffassung, daß ein erfolgreicher wirtschafts- und finanzpolitischer Kurswechsel — weg von der Deflationspolitik, hin zur raschen Krisenmilderung — möglich gewesen wäre, beruft sich Udo Wengst auf eine Denkschrift, die „kein geringerer als Hans Schäffer, Staatssekretär im Reichsfinanzministerium“ (S. 23), im September 1931 verfaßte und die in einem soeben erschienenen Dokumentenwerk (erneut) abgedruckt ist. Als Beispiel für ein konkretes Krisenbekämpfungskonzept (mit Arbeitsbeschaffungsprojekten etc.) zitiert Udo Wengst darüber hinaus den Wagemann-Plan vom Januar 1932, der eine „breite öffentliche Diskussion“ über wirtschaftspolitische Alternativen auslöste und zu „Forderungen gegenüber der Reichsregierung“ führte, die diese „nur halbherzig und widerstrebend in Erwägung“ (S. 23) zog. Leider hat Udo Wengst an-

scheinend übersehen, daß in einem anderen Dokument des neuen Quellenbandes, an dessen Edition Wengst selbst mitarbeitete, „kein geringerer als Hans Schäffer“ den Wagemann-Plan und die damit im Zusammenhang stehende Kritik an der Regierung Brüning mit dem Verdikt kommentierte, es seien „einige ganz verständige Sachen dabei [...], aber keine, welche die Krise beheben könnten. Das Schlimme sei“, so fährt die Aufzeichnung Hans Schäffers fort, die sich in diesen Passagen wie eine vorweggenommene Kritik an Udo Wengsts „Anmerkungen“ liest, „das Schlimme sei, daß durch die Art der Aufmachung und Bekanntmachung bei der Bevölkerung der Eindruck erweckt würde, es läge nur an der schlappen Haltung der Regierung, daß sie solche Mittel nicht ergreife. Das ist aber ganz unrichtig. Wagemann gibt jetzt schon selbst zu, daß an der Krise durch die Dinge nicht viel verändert werden könnte“³⁾. Und leider ist Udo Wengst offenbar auch entgangen, daß „kein Geringerer“ als der Staatssekretär im Reichsfinanzministerium, Hans Schäffer, während seiner Amtszeit „die Brüningsche Deflationspolitik aus voller Überzeugung unterstützt hat. Auch später“, so ist in seiner Biographie aus dem Jahre 1974 nachzulesen, „war er der Ansicht, daß keine andere Wirtschaftspolitik hätte betrieben werden können. Die spätere Kritik an den damaligen Maßnahmen bezeichnete Schäffer als eine posthume Weisheit“⁴⁾. Es hätte den Fortgang der wissenschaftlichen Diskussion mehr gefördert, wenn sich Udo Wengst statt auf „posthume Weisheiten“ zu rekurrieren, der Herausforderung gestellt hätte, die für seine Auffassungen von den Forschungsergebnissen eines Wirtschaftshistorikers wie Knut Borchardt ausgeht.

II. Zur Außenpolitik Brünings

Auch in bezug auf die Außenpolitik Brünings haben mich die Einwände von Udo Wengst nicht überzeugt. Wenn ich recht sehe, resümieren sie sich vor allem

1. in dem Vorwurf des reaktiven Charakters der Außenpolitik Brünings, der — im wesentlichen ohne eine von Anfang an entwickelte realistische Konzeption — unter dem ständig

²⁾ Ernest Hamburger, Betrachtungen über Heinrich Brünings Memoiren, in: Internationale Wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der Arbeiterbewegung 15, 1972, S. 31.

³⁾ Gerhard Schulz (Hrsg.), Politik und Wirtschaft in der Krise 1930—1932, Quellen zur Ära Brüning, bearb. v. Ilse Maurer u. Udo Wengst unter Mitwirkung v. Jürgen Heideking, II, Düsseldorf 1980, S. 1249.

⁴⁾ Eckhard Wandel, Hans Schäffer, Stuttgart 1974, S. 231.

wachsenden Druck der rechtsradikalen Opposition zur Unzeit die Revision des Young-Plans betrieben und eine politisch nicht mögliche „Quadratur des Zirkels“ (S. 22) versucht habe, und

2. in dem Vorwurf, daß Brüning „im letzten“ die Bereitschaft zur „Kooperation mit den anderen Mächten“ gefehlt habe, wie in dem Zweifel daran, ob Brünings Ziele „innerhalb eines überschaubaren Zeitraumes realisierbar waren“ und ob „sie zu einer stabilen Friedensordnung geführt hätten“ (S. 25).

ad 1) In meinem Aufsatz hatte ich festgestellt, daß die „Konsequenzen der ‚Katastrophenwahl‘ vom September 1930 [sich] nicht auf die grundlegenden Veränderungen in der parlamentarischen und parteipolitischen Landschaft [beschränkten]; sie führten darüber hinaus“, so ist in meinem Aufsatz zu lesen, „zu einem starken Vertrauensverlust im Ausland, zum raschen Abzug einer großen Zahl kurzfristiger Auslandskredite und damit zu einer außerordentlichen Verschärfung der wirtschaftlichen und sozialen Krise im Reich“ (B 22, S. 8). An diesen (in der Forschung nirgendwo bestrittenen) Befund knüpft Udo Wengst die Feststellung an, daß die allgemeine „Revisionsstimmung“ im Herbst 1930 „nur die Folge der Wahl vom 14. September 1930“ war (S. 22). Das Zitat, das sich Udo Wengst hier zu eigen macht, stammt, wie er korrekterweise hervorhebt, aus einer Debatte des nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten Graf Reventlow im Auswärtigen Ausschuß des Reichstags. In der gleichen Sitzung dieses Parlamentsgremiums wollte Hermann Göring „von dem Reichsaußenminister die Bestätigung haben, daß die Debatte über die Revision des Young-Plans erst seit dem Ausgang der Wahl vom 14. September begonnen habe, Dr. Curtius“, so heißt es in dem Bericht über die Sitzung des Auswärtigen Ausschusses weiter, „wies diese Annahme aber als auf einem erheblichen Irrtum beruhend zurück“⁵⁾. Kann man — wie dies Udo Wengst vorschlägt — die Behauptung eines NS-Führers, dessen propagandistische Zielsetzung (gegen „Erfüllungspolitik“ und „schlappe“ Demokraten) auf der Hand liegt, hier für bare Münze nehmen? Und muß man dagegen — wie dies Udo Wengst tut — die Versicherung von Außenminister Curtius, daß „mit dem Moment der Unterzeichnung [des Young-Plans ...] auch die Bestrebungen [der Reichsregie-

rung] begonnen [hätten], ihn durch eine bessere Vereinbarung ersetzt zu bekommen“⁶⁾, a priori unter den Verdacht der schlichten Apologie stellen? Noch dazu, wenn die von Udo Wengst mitbearbeitete neue Quellenedition die Niederschrift über eine Ministerbesprechung enthält, in der Außenminister Curtius am 28. Februar 1930 ausführte: „Wenn wir die Annahme des Young-Plans bekommen, müssen wir eine zielbewußte Revisionspolitik einleiten“⁷⁾

Niemand bestritt, daß die Entwicklung des Rechtsradikalismus und speziell das Anschwellen der braunen Flut in und nach der Katastrophenwahl vom September 1930 „tiefgreifende Auswirkungen“ (S. 20) auf die Politik der Regierung Brüning und ihren Handlungsspielraum hatte. Aber die These ist schlichtweg falsch und geht letzten Endes auf die NS-Propaganda und Hugenberg-Publizistik zurück, daß die Reparationspolitik Brünings letztlich nur als eine Funktion der Pressionen von rechts zu verstehen sei. Wolfgang J. Helbich hat schon vor nahezu zwei Jahrzehnten dem Zusammenhang zwischen der innenpolitischen Entwicklung und der Reparationspolitik Brünings eine scharfsinnige Untersuchung gewidmet, deren wesentliches Resultat wie folgt lautet: „Mehrfach hatte der innenpolitische Druck maßgeblichen Einfluß auf außenpolitische Entscheidungen des Kabinetts in der Reparationsfrage, aber es ist hervorzuheben, daß jedem Einlenken Brünings ein längerer inhaltlicher Widerstand vorausging und daß sich sein Nachgeben in jedem Falle nur auf taktische Züge, nicht jedoch auf die Strategie der Reparationspolitik erstreckte.“⁸⁾ Eine soeben erschienene Bonner Dissertation, die Udo Wengst bei der Abfassung seiner „kritischen Anmerkungen“ wohl noch nicht zur Verfügung gestanden haben kann, bestätigt auf der Grundlage neu erschlossener Quellen dieses Urteil. Sie liefert einen zusätzlichen Nachweis für die Auffassung Helbichs, daß „Brüning schon bei seinem Regierungsantritt über ein Konzept für die Reparationsrevision verfügte“, daß die „Reparationsrevision unmittelbar nach Regierungsübernahme und nicht erst nach den Septemberwahlen 1930 vorbereitet und angesteuert wurde“, und zwar mit dem Ziel der „völligen Streichung der Re-

⁵⁾ Schulz, Politik und Wirtschaft, I, S. 455.

⁶⁾ Schulz, Politik und Wirtschaft, I, S. 452.

⁷⁾ Schulz, Politik und Wirtschaft, I, S. 58.

⁸⁾ Wolfgang J. Helbich, Die Reparationen in der Ära Brüning, Berlin-Dahlem 1962, S. 29.

parationen⁹⁾. Die vom Reichskanzler, vom Reichsfinanzministerium (H. Schäffer), Reichswirtschaftsministerium und Auswärtigen Amt formulierte, in sich stringente Reparationskonzeption wurde mit „flexibler Konsequenz“ den sich wandelnden innen-, wirtschafts-, handels- und finanzpolitischen Verhältnissen sowie last but not least den internationalen Entwicklungen angepaßt.

Es war im Rahmen dieses Revisionskonzepts, daß Brüning es immer wieder ablehnte, „an die Frage [einer Reparationsrevision] in einem unzeitgemäßen Augenblick heranzugehen“ (S. 22). Und entsprechend dieser Maxime hat sich Brüning auch nicht — im Gegensatz zur Meinung Udo Wengsts — von der innenpolitischen Entwicklung zu einem im Sinne seines Revisionskonzepts „unzeitgemäßen“ Schritt drängen lassen. Die von Udo Wengst zitierte Äußerung Brünings über die Ablehnung einer „unzeitgemäßen“ Reparationsinitiative stammt von Ende November 1930; als Zeitraum, vor dem er ein Anschneiden der Reparationsfrage entschieden ablehnte, nannte der Kanzler damals eine Periode von mehreren Monaten bis zu einem Jahr. Die innere Entwicklung im Reich hat Brüning veranlaßt, und die Entwicklung auf dem Feld der Außenpolitik hat dies ermöglicht, daß das Reich rund sieben Monate später eine reparationspolitische Initiative ergriff. In einer Erklärung vom 6. Juni 1931, die vor allem als innenpolitischer Flankenschutz für eine unpopuläre Notverordnung gedacht war, kündigte die Reichsregierung die Unmöglichkeit der weiteren Erfüllung der Reparationsverpflichtungen an.

Dieser „Tributaufruf“ bzw. die damit verbundene reparationspolitische Initiative hatte nicht allein — wie dies Udo Wengst zur Verblüffung des Lesers darstellt (S. 23) — „Moratoriumsgerüchte“ (S. 23) zur Folge sowie

⁹⁾ Winfried Glashagen, Die Reparationspolitik Heinrich Brünings 1930—1931, Phil. Diss. Bonn 1980, Bd. I, S. 553 u. 564. — Udo Wengsts Verweis darauf, daß in dem „ersten von der Regierung Brüning vorgelegten Regierungsprogramm“ die Revision des Young-Plans „keine Rolle“ (S. 22) spielte, wäre ein merkwürdiges Juristenargument des „quod non est in actis non est in mundo“, wenn damit Brünings öffentliche Regierungserklärung vor dem Reichstag am 1. April 1930 gemeint sein sollte. Der Young-Plan war am 13. März 1930 zum Reichsgesetz geworden; die Räumung des Rheinlandes als die wichtigste unmittelbare Folge des Young-Plans wurde von der französischen Regierung am 17. Mai 1930 angeordnet. War es schon deswegen denkbar, daß die Reichsregierung vor aller Öffentlichkeit bereits am 1. April ihre Revisionsabsichten ankündigte?

(weitaus gravierender) die Konsequenz, daß die im Mai 1931 ausgebrochene zentraleuropäische Kredit- und Währungskrise in Deutschland erheblich verschärft wurde und sich zur Bankenkrise zuspitzte.

Bei den gleichzeitigen Gesprächen auf dem Landsitz des britischen Premierministers in Chequers gelang es Brüning, die britischen Politiker definitiv von der Notwendigkeit einer raschen Initiative in der Reparationsfrage zu überzeugen. Auf Grund der (partiellen) wirtschaftlichen Interessenkonkordanz, die damals zwischen Großbritannien und dem Deutschen Reich bestand, und — *conditio sine qua non* — auf dem Hintergrund der Young-Plan-konformen Austeritätspolitik Brünings machten die Engländer ihren ganzen Einfluß in Washington zugunsten eines internationalen Schuldenfeierjahres geltend. Es wurde (in einer Art antifranzösischer Einheitsfront von USA, Großbritannien, Italien und Deutschland) am 20. Juni 1931, vierzehn Tage nach Brünings Gesprächen in Chequers, vom amerikanischen Präsidenten Herbert Hoover verkündet. Dieses zunächst auf ein Jahr befristete Hoover-Moratorium sollte zur ersten, bei der Fortführung des Revisionskonzepts der Regierung Brüning kaum mehr reversiblen Etappe auf dem Weg zur definitiven Ablösung der Reparationen im Juni 1932 werden¹⁰⁾. Was Udo Wengst als eine „Quadratur des Zirkels“ (S. 22) bezeichnet, scheiterte im Frühjahr 1932 „100 Meter vor dem Ziel“^{10a)} — und zwar

¹⁰⁾ Franz Knipping datiert den „Anfang vom Ende der Reparationen“ auf die Einberufung des Beratenden Sonderausschusses im November 1931 (vgl. seinen gleichnamigen Beitrag zu: Josef Becker u. Klaus Hildebrand, Hgg., Internationale Beziehungen in der Weltwirtschaftskrise 1929—1933, München 1980, S. 211 ff.).

^{10a)} Es ist mir nicht ersichtlich, warum Wengst besonderen Wert auf die Feststellung legt, daß diese Formel „nicht zuletzt auch“ als ein „eindringlicher Appell an den Reichspräsidenten und seine Umgebung“ gedacht war (S. 24) — in meinem eigenen Aufsatz stand die (lediglich eine *communis opinio* der Forschung seit langem wiedergebende) Feststellung, daß Brüning damit „beschwörend“ auf seine „Gegner vor wie hinter den Kulissen und den Reichspräsidenten“ einwirken wollte (B 22, S. 14). Im übrigen überrascht, daß Wengst glaubt, aus einem Dokument des von ihm mitbearbeiteten Quellenbandes zweifelsfrei belegen zu können, „daß Brüning selbst am 11. Mai von der Richtigkeit seiner Feststellung nicht überzeugt war“ (S. 24). Bei dem fraglichen Dokument handelt es sich um eine Aufzeichnung von Staatssekretär Schäffer vom 4. März [!] 1932. Am 2. Mai 1932 notierte Schäffer folgende Äußerung des Kanzlers: „Die außenpolitische Lage und das Durchhalten denke ich mir gar nicht so schwer und unmöglich [...]“ (Tagebuch Schäffer, Institut für Zeitgeschichte München.) Diese Auf-

nicht daran, daß jetzt auch im Lager der Regierung sich die Zweifel an Brüning's Durchhaltekurs mehrten, sondern viel eher an der Überzeugung der Ratgeber des Reichspräsidenten und Schleichers, daß ein Kanzlerwechsel und die Bildung einer vom Parlament unabhängigen Präsidialregierung die von Brüning angebahnten Erfolge in der Reparations- und Gleichberechtigungsfrage nicht mehr gefährden werde¹¹⁾. „Das Größte, was Brüning erreicht hat“, so zog einer der kompetentesten Kritiker der Politik Brüning's das Fazit, „war die Streichung der deutschen Reparationsverpflichtungen, die erst unmittelbar vor seinem Amtsantritt im Young-Plan neu festgesetzt worden waren. Er hatte die Streichung soweit vorbereitet, daß sie nach seinem Ausscheiden reibungslos über die Bühne ging“¹²⁾.

ad 2): Es ist mir nicht ganz ersichtlich, worauf Udo Wengst sein Verdikt gründet (und was damit gemeint ist), daß der „außenpolitische Stil der Regierung Brüning [...] im letzten nicht auf Kooperation mit den anderen Mächten angelegt“ gewesen sei (S. 25). Soll damit gesagt werden, daß Brüning in seinem außenpolitischen Stil die „Herrenreiter- und Militärdiplomatie“ seines Nachfolgers, des Herrn von Papen, vorwegnahm — jedenfalls „im letzten“, wenn auch noch nicht erkennbar auf den ersten Blick? Oder wird damit eine innere Affinität zu dem „außenpolitischen Stil“ und dem politischen Programm suggeriert, die nach 1933 in der deutschen Politik dominierten (da unter der Negation von „Kooperation“ doch wohl Konfrontation mit dem fließenden Übergang zur Aggression zu verstehen ist)?

Die eine Hypothese wäre jedenfalls so verfehlt wie die andere. Oder zielt Udo Wengst etwa generell auf die revisionistische Grundkonzeption Brüning's, die den Reichskanzler 1931 veranlaßte, das Angebot eines französischen Millionenkredits und damit einer „Kooperation“ mit Frankreich auszuschlagen (trotz der verheerenden Haushaltslage von Reich, Ländern und Kommunen)? Dieses Argument

zeichnung Schäffers wie andere seiner Notizen, die Brüning's relativ optimistischere Auffassung nach den Verhandlungen in Genf im April 1932 belegen, sind in dem Quellenband nicht publiziert (zu dieser Problematik von Auswahleditionen vgl. meine Besprechung in: Das Historisch-Politische Buch 29, 1981).

¹¹⁾ Vgl. Hans Mommsen, Heinrich Brüning's Politik als Reichskanzler, in: Karl Holl (Hrsg.), Wirtschaftskrise und liberale Demokratie, Göttingen 1978, S. 31.

¹²⁾ Arnold Brecht, Gedanken über Brüning's Memoiren, in: Politische Vierteljahresschrift 12, 1971, S. 628.

würde außer acht lassen, daß mit dem Anleiheangebot der Pariser Regierung selbstverständlich politische Bedingungen verknüpft waren — die Verpflichtung zu einem revisionspolitischen Moratorium, d. h. der Verzicht, für die Dauer eines bestimmten Zeitraums (zehn Jahre) die Frage der Revision von Versailles aufzurollen. Brüning selbst war dazu (natürlich) nicht bereit; hätte er ein französisches Angebot mit derartigen politischen Klauseln akzeptiert, wäre sein Sturz (und damit ein entsprechender Rechtsdruck unter Preisgabe der parlamentarischen Rückbindung für das neue Präsidialkabinett) die automatische Folge gewesen. Kooperation ja — aber nicht unter der Bedingung einer Preisgabe der Revisionspolitik gegenüber dem Versailler Vertrag (oder unter Hinnahme einer Juniorpartnerschaft mit Frankreich auf längere Sicht) — dies war die Grundmaxime der Außenpolitik in der Weimarer Republik unter Brüning wie schon zuvor unter Stresemann oder Rathenau.

Gewiß haben sich in Brüning's Außenpolitik gegenüber der Ära Stresemann die Akzente in der Symmetrie von kollektiver Sicherheitspolitik (also Völkerbundpolitik als einer Basis deutscher Revisionspolitik) und der traditionellen Gleichgewichtspolitik einer (potentiellen) Großmacht zwischen Ost und West zugunsten der Bismarckschen Traditionen verschoben¹³⁾. Diese Akzentverlagerung nach Stresemann's Tod trug dem Scheitern der Locarno-Politik Stresemann's Rechnung und war wie diese im wesentlichen realpolitisch motiviert. Aber auch in der Politik Brüning's blieb — wie in der Diplomatie Stresemann's — der große, allgemeine Krieg als Mittel künftiger deutscher Politik ausgeschlossen. Dem entsprach das Ziel einer mitteleuropäischen Präponderanz, nicht einer kontinentalen Hegemonie¹⁴⁾ des Deutschen Reiches in einem

¹³⁾ Vgl. dazu meinen Versuch einer knappen Zwischenbilanz der wissenschaftlichen Diskussion: Zit. in B 22, S. 14 Anm. 11 sowie Probleme der Außenpolitik Brüning's, in: Becker/Hildebrand, Internationale Beziehungen, S. 283 ff.

¹⁴⁾ Unter Hegemonie verstehe ich dabei eine Machtposition, „die in einem geographisch definierten Bereich von Staaten keine Mächtekombination (... zuläßt), die das ökonomische, militärische und politische Potential“ der Hegemonialmacht „übertrifft oder ausbalanciert und damit den entscheidenden direkten oder informellen Einfluß dieser Hegemonialmacht auf das gegebene Macht- und Staatensystem aufhebt“ (Becker/Hildebrand, Internationale Beziehungen, S. 422). — Im übrigen hatte ich nicht — wie Wengst irrtümlich schreibt (S. 25) — Brüning das Ziel einer „dominierenden Großmacht“ für das Deutsche Reich, sondern das der „stärksten Großmacht“ (in einem neuen Gleichgewichtssystem) zugeschrieben (B 22, S. 14).

post-Versailler Staatensystem, in dem die „künstliche“ Hegemonie Frankreichs aus den ersten Jahren der Nachkriegszeit abgelöst war und eine politische Stabilisierung durch wirtschaftliche Kooperation und Verflechtung wie die Verzahnung von Allianzsystemen (unter Einschluß der Sowjetunion) geleistet werden sollte.

Zweifellos ist es nicht nur legitim, sondern auch notwendig, die Frage der Realisierbarkeit dieses Revisionsprogramms wie des Charakters einer post-Versailler Friedensordnung entsprechend den Zielsetzungen der Weimarer Außenpolitik zu stellen. Udo Wengst kommt bei beiden Fragen zu skeptischen bzw. negativen Antworten. Gruppiert man die Revisionsziele der Weimarer Republik in der von Brüning (wie ähnlich von Stresemann) verfolgten Reihung „Reparationen, militärische Gleichberechtigung, territoriale Revisionen“ (vor allem gegenüber Polen), dann stellt man fest, daß am Ende der Kanzlerschaft Brünings die Schlußregelung der Reparationsfrage faktisch erreicht und die Weichen für die prinzipielle militärische Gleichberechtigung (im Rahmen einer begrenzten Abrüstungs- bzw. Rüstungskontrollkonvention) gestellt waren.

Bleiben die territorialen Fragen. Henry Ashby Turner kam einmal in einer „counterfactual analysis“ des Problems, welche Entwicklung wohl die deutsche Politik hätte nehmen können, wenn Stresemann auch nach 1929 noch die Leitlinien der deutschen Diplomatie hätte bestimmen können, zu dem folgenden Resultat: „Der Verlauf der europäischen Diplomatie jener Jahre [nach 1929] zeigt eindeutig, daß die ausschlaggebenden Großmächte durchaus bereit waren, einer friedlichen Revision der östlichen Grenzen [des Deutschen Reichs] ihre Zustimmung zu geben, besonders wenn eine solche Revision von einem militärisch starken Deutschland (was auch Stresemann erlangen wollte) verlangt wurde. [...] Wenn ein traditioneller Revisionist nationalistischer Prägung wie Stresemann in der Wilhelmstraße am Ruder gewesen wäre, dann ist es höchst wahrscheinlich, daß Deutschland auch im Falle der polnischen Grenze Verständnis, vielleicht sogar Unterstützung in London und Paris gefunden hätte.“¹⁵⁾

Ich selbst neige zu der Auffassung, daß angesichts der polnischen Haltung in der Korridor-

¹⁵⁾ Henry Ashby Turner Jr., Stresemann und das Problem der Kontinuität in der deutschen Außenpolitik, in: Gilbert Zieburga (Hrsg.), Grundfragen der deutschen Außenpolitik seit 1871, Darmstadt 1976, S. 300.

Frage (und wegen der Bedeutung der Weichsel-Mündung für den jungen polnischen Staat) die Revision der deutschen Ostgrenze „nur schwerlich gewaltlos“ zu erreichen war (B 22, S. 15). Udo Wengsts Auffassung, daß die Revisionsziele der Regierung Brüning wohl schon auf Grund der „offen oder latent vorhandenen Gegnerschaft“ (S. 25) der anderen europäischen Mächte, vor allem Frankreichs, keine Realisierungschance hatten, wird aber schlicht durch den Gang der Entwicklung bis 1938 — bis zum Anschluß Österreichs und der Angliederung der Sudetengebiete — widerlegt. Erst als mit Hitlers Zerschlagung der Tschechoslowakei die (Stresemanns wie Brünings Revisionspolitik grundsätzlich transzendierende) hegemoniale Zielsetzung Hitlers deutlich wurde, haben sich Großbritannien und Frankreich in einer gemeinsamen Front gegen die deutsche Politik zusammengeschlossen. Das Ausscheiden Rußlands aus dem alliierten Siegerlager 1917, der revisionistische Anti-Versailles-Kurs der sowjetischen Außenpolitik in der Zwischenkriegszeit und die Veränderungen im internationalen Staatensystem im zeitlichen Rahmen wie im Gefolge der Weltwirtschaftskrise haben den Regierungen der Weimarer Republik ein Manövriertfeld eröffnet, das eher der „Krimkriegs-Konstellation“ glich, in der es Bismarck gelungen war, das Reich und seine halbhegemoniale Position in Europa zu gründen, als daß es der „Einkreisungs“-Situation der Jahre vor 1914 mit ihrer Eingrenzung der Optionsmöglichkeiten der deutschen Außenpolitik entsprochen hätte¹⁶⁾. Darin lag die entscheidende außenpolitische Voraussetzung für die Möglichkeit der Weimarer Republik, nach der formellen Anerkennung ihres Großmächts-Status beim Eintritt in den Völkerbund auch die reale Position einer Großmacht auf friedlich-evolutionärem Wege wiederzuerlangen. Da bis zum Sturz Brünings von „hegemonialen Bestrebungen“ als einem essentiellen Element der offiziellen deutschen Außenpolitik „nicht die Rede“ sein kann¹⁷⁾, konnte auch die Restauration der deutschen Großmachtposition in die Stabilisierung eines neuen Gleichgewichtssystems und damit einer Friedensordnung einmünden. Zum russischen Lebensraum-Imperialismus Hitlers

¹⁶⁾ Vgl. dazu meine Skizze: Die Deutsche Frage als Problem des internationalen Staatensystems, in: Josef Becker (Hrsg.), Dreißig Jahre Bundesrepublik — Tradition und Wandel, München 1979, und jetzt insbesondere Andreas Hillgruber, Die gescheiterte Großmacht, Düsseldorf 1980.

¹⁷⁾ So Turner (Stresemann, S. 296) mit Bezug auf Stresemann

führte jedenfalls von der außenpolitischen Konzeption Brünnings keine Brücke.

III. Zum Problem der Alternativen in der Weimarer Republik

Udo Wengst macht aus der Frage potentieller Alternativen im Prozeß der Auflösung der Weimarer Republik einen Kernpunkt seiner Kritik an meiner Deutung und Wertung der Politik Brünnings. Er geht dabei von der Hypothese aus, daß nach dem Scheitern der großen Koalition im Frühjahr 1930 die parlamentarischen Optionsmöglichkeiten zwar eingeengt waren, daß Brüning aber doch noch über genügend Handlungsspielraum verfügte, um auf das Instrument des Artikels 48 zu verzichten und eine parlamentarische Lösung anzusteuern. Die Auffassung, daß SPD und DVP auch nach der Septemberwahl 1930 noch über Kompromißreserven verfügten, die zugunsten einer Großen Koalition hätten aktiviert werden können, entspricht einer politischen Wunschvorstellung, die ich teile. Ein historisches Problem läßt sich allerdings nicht im politischen Optativ klären.

Ich wiederhole hier nicht mehr im Detail die Argumente, die ich in meinem Aufsatz (und anderer Stelle) für die Auffassung vorgebracht habe, daß eine Rekonstruktion der Großen Koalition nach ihrem Zerfall 1929/30 primär wegen der Klassengegensätze zwischen Arbeiterschaft und Industriekapital (und ihren Repräsentanten in SPD und DVP) wie angesichts der partei- und verfassungspolitischen Präferenzen des Reichspräsidenten und der Reichswehr unmöglich war, daß die Große Koalition nach der Septemberwahl 1930 lediglich eine numerische Chance, aber keine reale politische Alternative mehr darstellte.

Die gegenteilige Auffassung Udo Wengsts ist nur haltbar, wenn man einige für die Entstehung, Entwicklung und das Scheitern der ersten deutschen Demokratie konstitutive Grundtatsachen außer acht läßt:

1. Die Weimarer Republik war eine Republik wider Willen. Sie war nicht das Kind einer siegreichen Revolution, deren Träger zielbewußt von langer Hand her auf die Ablösung der Monarchie und die Begründung einer demokratischen Republik hingearbeitet hatten. Die Weimarer Republik war das Produkt eines militärischen Zusammenbruchs und gewann in seinem Verlauf die Funktion eines „Retungsankers“: Der Sturz der Hohenzollern-Monarchie sollte der Tribut an die alliierten

Siegermächte und der Preis für einen (nach den Vorstellungen der Zeit) erträglichen Frieden sein. Der Versailler Vertrag hat diese Hoffnungen nicht erfüllt und damit für die Deutschen in ihrer Mehrheit der Republik ihre tiefere politische Legitimation vorenthalten¹⁸⁾. Daher und unter den traumatischen Wirkungen einer nicht verstandenen Niederlage, deren Konsequenzen man nicht hinzunehmen bereit war, stiftete nicht die republikanische Verfassung, sondern die Forderung der Revision von Versailles den schmalen Grundkonsens zwischen den Parteien in der Zeit der Weimarer Republik¹⁹⁾. Dem entsprach, daß die Weimarer Republik auch von den sogenannten „Verfassungsparteien“ SPD, Zentrum und Deutsche Demokratische Partei (ganz zu schweigen von der bürgerlichen Rechten) nur auf eine „gespaltene oder doppelte Loyalität“ rechnen konnte²⁰⁾.

2. Die Weimarer Republik war eine unvollendete parlamentarische Demokratie. Ihrem Charakter einer improvisierten Republik wider Willen entsprach es, daß sie in ihrer geschriebenen wie in ihrer realen Verfassung (jedenfalls auf der Reichsebene) den Weg von der konstitutionellen Monarchie (die Bismarck in und seit dem preußischen Verfassungskonflikt der 1860er Jahre zementiert hatte) zur vollen parlamentarischen Demokratie und damit zum Parteienstaat nicht zu Ende gegangen ist. Institutionell hat diese Grundtatsache vor allem ihren Ausdruck gefunden in der Konstruktion des Reichspräsidenten als einer Art „Ersatzkaiser“ wie in der gleichsam extraparlamentarischen Position der Reichswehr als eines „Staates im Staat“. Das bedeutete die Fortführung wesentlicher dualistischer Elemente der Verfassungsstruktur der konstitutionellen Monarchie (Dualismus

¹⁸⁾ Vgl. dazu Theodor Eschenburg, Die improvisierte Demokratie der Weimarer Republik, Laupheim o. J. (Zitat: S. 33).

¹⁹⁾ Nichts illustriert dies deutlicher als die Tatsache, daß selbst die SPD wenige Wochen nach dem mutigen Nein, das sie als einzige Reichstagspartei dem Ermächtigungsgesetz für Hitler am 23. März 1933 entgegenstellte, am 17. Mai 1933 der außenpolitischen „Friedensrede“ Hitlers zustimmte, die ganz in der Tradition der Weimarer Revisionspolitik zu stehen schien. Vgl. generell dazu Michael Salewski, Das Weimarer Revisionssyndrom, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 2/80 (dessen zugespitzte Wertungen ich allerdings nicht teile).

²⁰⁾ So Theo Pirker („auch in der Arbeiterbewegung sei [...] eine selbstverständliche Loyalität zur Republik ebenso die Ausnahme gewesen wie in anderen Teilen der Gesellschaft“) in: Karl Dietrich Erdmann, Hagen Schulze (Hrsg.), Weimar — Selbstpreisgabe einer Demokratie, Düsseldorf 1980, S. 202.

Staatsoberhaupt/Parlament, zivile und militärische Gewalt) über die Zäsur von Oktoberreform und Novemberrevolution 1918 hinweg. Im labilen Gefüge des unvollendeten Parlamentarismus der Weimarer Republik konnte dabei der Artikel 48 der Reichsverfassung als eigentliches Machtattribut des „Ersatzkaisers“ bereits ein Jahr nach der Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten in der Regierungskrise der Jahreswende 1926/27 — mutatis mutandis — den instrumentalen Stellenwert erlangen, den die Staatsstreichdrohung als konstitutives Element des Bismarckschen Regierungssystems inne hatte²¹⁾.

Geht man davon aus, daß der Charakter der ersten deutschen Demokratie als einer Republik wider Willen und als eines unvollendeten parlamentarischen Parteienstaates elementare Grundbedingung der deutschen Geschichte nach 1918 definierte, dann ergeben sich daraus zwei Schlußfolgerungen:

1. Der Untergang von Weimar beweist nicht das (zwangsläufige) Scheitern *der* Republik und *des* parlamentarischen Parteienstaats in der weltweiten wirtschaftlichen, sozialen und politischen Krise seit dem Ende der 1920er Jahre. (Die Krisenüberwindung in alten Demokratien wie den USA und Großbritannien sind naheliegende Gegenbeispiele.) Der Untergang von Weimar belegt die mangelnde Fähigkeit einer Republik wider Willen und eines „unvollendeten Parteienstaats“ (M. Stürmer), in den Rahmenbedingungen des Versailler Systems die Zuspitzung einer strukturellen Dauerkrise zu einer Existenzkrise zu bewältigen.

2. Der Untergang der Weimarer Republik kann in seinem Verlauf wie in seinen tieferen Voraussetzungen nicht angemessen erklärt, historisch begriffen und gerecht beurteilt werden, wenn man von vornherein die verantwortlichen Akteure der Jahre 1930—1932 an einem republikanisch-parlamentarischen Idealbild mißt, das in dieser Form an der Wiege der Weimarer Demokratie nicht Pate gestanden und in der Wirklichkeit der Weimarer Republik — selbst im trügerischen Jahrfünft einer scheinbaren Stabilisierung zwischen 1923 und 1929 — keine Realität gefunden hatte²²⁾. Die „Selbstpreisgabe einer Demokratie“ (K. D. Erdmann) nach 1930 ist histo-

risch-politisch nur verständlich, wenn man die Jahre der Weimarer Republik als eine Spätphase des Bismarck-Reiches begreift und die unzureichende strukturelle, institutionelle und personelle Problemlösungskapazität der ersten deutschen Demokratie als eine späte Folge der — wie es der Würzburger Staatsrechtslehrer Hasso Hofmann einmal formulierte — Bismarckschen „Utopie von der Vermeidbarkeit der Revolution ohne grundlegende Reformen“ erfaßt.

Für die Beurteilung der Politik Brüning als einer gescheiterten konservativen Alternative zum Untergang von parlamentarischer Demokratie und Rechtsstaat bedeutet dies:

1. Das Schicksal der Republik wider Willen und des unvollendeten Parteienstaats hing entscheidend von der Frage ab, ob es gelang, das konservative und rechtsliberale Deutschland — und damit die alten Eliten in Militär, Wirtschaft und Bürokratie — für die Zusammenarbeit auf dem Boden der Verfassung (wenigstens als „Vernunftrepublikaner“) zu gewinnen. Die Notwendigkeit einer derartigen konservativen Alternative lag seit der Entscheidung der Wähler gegen eine Mehrheit für die Parteien der Weimarer Koalition 1920 und seit dem Zerfall der Großen Koalition 1923 (für die nach einem Wort eines ihrer führenden sozialdemokratischen Mitglieder „auf keinem [innenpolitischen] Gebiete auch nur eine Stunde eine Einigung der Ansichten [...] zu erzielen“ war²³⁾) auf der Hand. Brüning hat dieses Ziel mit dem „Essener Programm“ 1920 (das historisch im Vorfeld der CDU angesiedelt ist) und bei seinen spätestens seit 1923 belegten Versuchen verfolgt, die Deutschnationale Volkspartei auf dem Boden der Verfassung an der Regierung zu beteiligen. Als die sogenannte „Bürgerblock“-Koalition des Jahres 1927/28 scheiterte und danach Hugenberg in der DNVP die Repräsentanten eines konstruktiven Konservatismus aus der Parteileitung verdrängte, war im Grunde bereits die fundamentale Voraussetzung für die parlamentarische Tragfähigkeit der konservativen Alternative zur liberal-sozialen Option Stresemanns verloren. Der Mißerfolg der Volkskonservativen 1930 und die Obstruktionspolitik der DNVP Hugenburgs 1930—1932 haben das Scheitern der konservativen Konzeption Brüning in ihrer ursprünglichen Fassung besiegelt.

²¹⁾Vgl. meine kleine Dokumentation: Zur Politik der Wehrmachtteilung in der Regierungskrise 1926/27, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 14, 1966.

²²⁾ Vgl. dazu auch A. Hillgruber in: Erdmann/Schulze, Weimar, S. 141.

²³⁾ Zit. nach meinem Aufsatz: Heinrich Brüning in den Krisenjahren der Weimarer Republik, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 17, 1966, S. 211.

2. Entgegen der pauschalen Subsumierung der drei Regierungen Brüning, Papen und Schleicher unter einen undifferenzierten Typus „Präsidialkabinetts“ durch Udo Wengst ist für die Beurteilung der Amtszeit Brünings als Reichskanzler folgendes festzuhalten:

a) Brünings ursprüngliches Konzept für die Krisenbewältigung war an dem Modell der Anfangsjahre der Weimarer Republik orientiert (sachlich und zeitlich begrenztes Ermächtigungsgesetz auf der Basis einer Zweidrittelmajorität im Reichstag und/oder Einsatz des Artikels 48 der Reichsverfassung). Wesentlich dabei war, daß bereits für die Anfangsjahre der Weimarer Republik (um hier ein Urteil von Gerhard Schulz zu zitieren, das Udo Wengst S. 20 praktisch auf den Kopf stellt) „kaum“ davon die Rede sein kann, daß die Handhabung des Artikels 48 einen „Ausnahmeweg der Legislative“ darstellte²⁴). In der Zeit bis 1924/25 waren schon „alle Figurationen in Anwendung des Artikels 48 [...] vorgegeben“²⁵).

b) Brünings ursprüngliche Konzeption für eine Krisenbewältigung zielte nicht auf ein „Dauerregiment“ (B 22, S. 7) mit den Notstandsvollmachten des Reichspräsidenten²⁶). Eben-

²⁴) Die Passage, aus deren Zusammenhang Udo Wengst das Zitat gelöst hat, lautet: „Wie jede effektiv genutzte Handhabe die Tendenz zur Wiederholung in sich trägt, hat dieses Mittel der außerordentlichen Gesetzgebung in kritischen Jahren eine überaus häufige und umfangreiche Inanspruchnahme und Bevorzugung erfahren. Von einem Ausnahmeweg der Legislative kann daher kaum noch gesprochen werden“ (Gerhard Schulz, Artikel 48 in historisch-politischer Sicht, in: Ernst Fraenkel (Hrsg.), *Der Staatsnotstand*, Berlin 1965, S. 52). — Schleierhaft ist mir übrigens geblieben, was Udo Wengst mit seiner Feststellung meint, daß die Anwendung „des Art. 48 durch Brüning von Anfang an diametral [!] anderen Zielen diene als zu Beginn der Republik“ (S. 24). In den Anfangsjahren wurde der Artikel 48 vor allem für finanz- und wirtschaftspolitische Maßnahmen wie zur Sicherung der Staatsordnung gegen illegale Umsturzversuche von rechts und links eingesetzt. Was waren dann die „diametral anderen Ziele“ Brünings?

²⁵) So Günter Abramowski in: Erdmann/Schulze, Weimar, S. 194. Daß dieser Sachverhalt das Defizit der Weimarer Parteien an Kompromißfähigkeit erheblich verstärkte, ist eine communis opinio der Forschung. Da Udo Wengst einen entsprechenden Hinweis bei mir vermißt, mag es gerechtfertigt sein, folgende Passage aus meinem früheren Brüning-Aufsatz zu zitieren: „Gemäß den Traditionen des deutschen Obrigkeitsstaates und seiner Parteienmentalität wirkte der Artikel 48 allein durch seine Existenz im Sinne einer Wahrung des alten Verhältnisses von Legislative und Exekutive, das hieß im Sinne einer Fixierung der mangelnden Verantwortungsbereitschaft und des fehlenden Machtinstinkts der Parteien“ (s. Anm. 23, S. 217).

²⁶) Vgl. dazu auch die Diskussionsbeiträge von Kurt Birrenbach, Rudolf Morsey und mir, in: Erdmann/Schulze, Weimar, S. 196 und 207.

sowenig hat Brüning den Schritt zum reinen Präsidialkabinetts vollzogen, sondern immer Wert gelegt auf die Beibehaltung einer Tolerierungsmajorität im Reichstag und damit auf die parlamentarische Rückbindung seiner „Regierung über den Parteien“. Darin beruht typologisch (wie politisch) der „tiefgreifende Unterschied“ zu Papens System der „Regierung gegen die Parteien“²⁷). Die Regierungsform des parlamentarisch abgestützten Präsidialkabinetts brachte zwar eine „eingreifende Verschiebung der konstitutionellen Gewichte [...], aber der Boden der demokratischen Ordnung war noch nicht verlassen“; und „zwischen der Amtszeit Brünings und der letzten ihr folgenden Periode der Weimarer Republik klafft ein tiefer Unterschied, über den auch die nur scheinbare Fortführung der Notverordnungspraxis im alten Stil nicht hinwegtäuschen kann“²⁸).

3. Die „Wiederkehr des ‚Obrigkeitsstaats im Gewand des bürokratischen Notverordnungsregimes‘“ (B 22, S. 9) in der Schlußkrise des „unvollendeten Parteienstaats“ der Republik wider Willen widerspricht zwar unseren „posthumen Weisheiten“ eines wünschenswerten parlamentarischen „Krisenmanagements“; sie war jedoch im Rahmen eines defizienten Parlamentarismus systemadäquat und hatte die „historische Logik der von Bismarck geprägten deutschen Verfassungs- und Parteienentwicklung für sich“²⁹). Die von Brüning zunächst

²⁷) So Karl Dietrich Bracher (*Demokratie und Machtvakuum: Zum Problem des Parteienstaats in der Auflösung der Weimarer Republik*, in: Erdmann/Schulze, Weimar, S. 124).

²⁸) Ulrich Scheuner, *Die Anwendung des Art. 48 der Weimarer Reichsverfassung unter den Präsidentschaften von Ebert und Hindenburg*, in: Ferdinand A. Hermens u. Theodor Schieder (Hrsg.), *Staat, Wirtschaft und Politik in der Weimarer Republik*, Berlin 1967, S. 277 und 281.

²⁹) Becker, Brüning, S. 216. — Auf die Einwände, die Udo Wengst gegenüber meiner knappen Erwähnung der monarchischen Restaurationsabsichten Brünings machte, kann ich hier nur folgendes erwidern: 1. Auf „deren Problematik“ und die damit verbundenen „nahezu unüberwindlichen dynastischen Probleme“ habe ich mit einem entsprechenden Literaturverweis ausdrücklich hingewiesen (B 22, S. 14, Anm. 12). 2. Daß Brüning auf keine positive Resonanz bei Hindenburg stieß, ist bereits in meinem (in B 22, S. 3 zit.) Aufsatz in der *Historischen Zeitschrift* 196, 1963, S. 110 nachzulesen. 3. Für die Bewertung der monarchischen Restaurationspläne sollte man vielleicht doch berücksichtigen, „daß sowohl Friedrich Ebert als auch Stresemann [...] in der Wiederherstellung der Monarchie nicht nur ein legitimes, sondern auch realistisches Fernziel sahen“ (Sawlewski, *Weimarer Revisionsyndrom*, S. 21) und daß „setzt man einmal die Problematik jeder Restauration [...] und die Belastung der Hohenzollern [...]

nicht intendierte Variante seines Konzepts einer konservativen Alternative (die Regierung kraft Artikel 48 auf längere Dauer anstelle eines parlamentarischen Ermächtigungsgesetzes) scheiterte nicht an der Überforderung der parlamentarischen Tolerierungsmajorität, die mit Brüning einen Restbestand an parlamentarischer Demokratie aus der Staats- und Gesellschaftskrise zu retten suchte. Der Fehlschlag des Brüning-Kurses wurde besiegelt durch die „fatale Rolle einiger Personen“³⁰⁾, die in der Situation von 1930 so nicht fest kalkulierbar war und nicht vorhergesehen werden konnte. Insofern Hindenburg (mit seinen Beratern) und Schleicher als die Hauptverantwortlichen für die Entlassung Brünings in der Tradition des preußisch-deutschen Konservatismus wurzelten und die Rolle und Funktion der bewaffneten Macht im Staat aus den preußischen Traditionen definierten, scheiterte der konservative Preuße Brüning „gerade an der Ambivalenz der preußisch-konservativen Traditionen“ (B 22, S. 16).

IV. Schlußbemerkung

In meinem Aufsatz hatte ich ein zentrales Resultat meiner Betrachtungen in dem Satz zusammengefaßt: „Addiert man die außenpolitischen Belastungen der Weimarer Republik, ihre wirtschaftlich-sozialen Strukturprobleme wie die innen- und verfassungspolitischen Hypothesen, die die Weimarer Republik von der Hohenzollern-Monarchie übernommen hatte, dann leuchtet das Urteil ein, daß in den Jahren nach 1930 der Handlungsspielraum nicht mehr zur Verfügung stand, der zur Rettung von parlamentarischer Demokratie und

beiseite“, noch Anfang 1934 die Monarchie „die einzige Gegenposition gegen das nationalsozialistische Regime war, die nicht von vornherein unhaltbar erschien“ (Wolfgang Sauer, *Die Mobilmachung der Gewalt*, Berlin 1974, S. 295)...

³⁰⁾ So Bracher (*Demokratie und Machtvakuum*, S. 133) mit Bezug auf die Verantwortung für das Scheitern der Republik und die Machtergreifung Hitlers (s. die folgende Anm.).

Rechtsstaat notwendig war“ (B 22, S. 16). Ernest Hamburger hat diesen Befund — auch aus der Erfahrung als preußischer SPD-Parlamentarier der Jahre 1925–1933 — wie folgt formuliert: Entscheidend für den Untergang der Weimarer Republik war, „daß das Parlament bereits im ersten Stadium der Wirtschaftskrise nicht mehr bereit und imstande war, seine eigentliche Aufgabe zu erfüllen, und daß bereits im zweiten Halbjahr 1929 die Wähler auf die erst im Anfang befindliche Depression weit über das durch die wirtschaftliche Lage verständliche Maß hinaus reagiert hatten. Der weitere Machtverfall des Reichstags war infolge der rapiden Verschärfung der Wirtschaftskrise und der Klassengegensätze sowie der leidenschaftlichen außerparlamentarischen Aktionen in der folgenden Zeit nicht aufzuhalten. Brüning hat diesen Prozeß gefördert und beschleunigt und hat dafür vor der Geschichte die Verantwortung zu tragen. Aber die demokratisch-parlamentarische Regierungsform war auch ohne das nicht mehr zu retten“³¹⁾. Hamburgers Urteil ist aus meiner Sicht nur hinzuzufügen, daß Brüning „von seiner Zielsetzung aus gesehen [...] nicht der erste Kanzler im ‚Auflösungsprozeß‘, sondern im abgeschnittenen Heilungsprozeß der deutschen Demokratie gewesen“³²⁾ ist.

³¹⁾ Hamburger, a.a.O., S. 38 f. Rudolf Morsey formulierte kürzlich pointiert, die Weimarer Republik brauchte sich „gar nicht aufzulösen [...], da sie gemessen an Geist und Postulat ihrer Verfassungsgrundlage auch vorher nicht real existierte“; bei der gleichen Gelegenheit zog Karl Dietrich Bracher das Fazit: „Das Scheitern der Republik war wohl schwer vermeidbar, doch bis zuletzt zeichneten sich alternative Möglichkeiten ab; die fatale Rolle weniger Personen und ihrer Entscheidungen gab dann schließlich den Ausschlag“; Knut Borchardt kam bei einer Analyse der wirtschaftlichen Entwicklung der Weimarer Republik bis 1929 zu dem Schluß: „Die Situation war bei ausbleibendem raschen Wachstum nicht mehr dauerhaft regierbar — und das ist eben das Scheitern der Republik noch vor der Weltwirtschaftskrise“ (Erdmann/Schulze, Weimar, S. 193, 133 und 238).

³²⁾ Werner Conze, *Die Reichsverfassungsreform als Ziel der Politik Brünings*, in: *Der Staat* 11, 1972, S. 215.

Werner Link: Der Marshall-Plan und Deutschland

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 50/80, S. 3—18

Der Marshall-Plan war zwar kein Deutschland-Plan, sondern ein Europa-Plan mit integrativer Zielsetzung, in dessen innovativem Rahmen aber auch die wirtschaftlichen und politischen Probleme der amerikanischen Deutschland-Politik gelöst werden sollten. Die Verbindung ist in starkem Maße von liberalen Vertretern der ökonomischen Elite, die enge Beziehungen zu Deutschland hatten, angeregt worden. Der Gesamtplan ist Ausdruck einer breiten liberalen Strömung in der amerikanischen Gesellschaft. Er trug (in Verbindung mit anderen Faktoren) direkt zu dem kontinuierlichen Wiederaufbau und zu dem immensen Wirtschaftsaufschwung Westdeutschlands bei. Indirekt förderte er die Entwicklung zur Gründung der Bundesrepublik Deutschland, und er trug ebenfalls indirekt dazu bei, daß die Bundesrepublik Deutschland sich politisch für den Westen und ökonomisch für die soziale Marktwirtschaft entschied. Dieser Beitrag kam nicht einem Zwang oder Oktroi gleich; auch die Wirtschaftsverfassung wurde den Deutschen nicht von den Amerikanern aufgezwungen. Die Annahme des Marshall-Plans war nicht gleichbedeutend mit dem Verzicht auf Planung oder demokratische Sozialisierungsmaßnahmen. In Hessen wurden Grundstoffindustrien aufgrund der freien Entscheidung des Landesparlaments sozialisiert, und die aus übergeordneten politischen Gründen vorgenommene Suspendierung der Sozialisierungsgesetze in Nordrhein-Westfalen wurde mit der Selbstbindung der amerikanischen und britischen Regierung verbunden, die definitive Entscheidung einer frei gewählten deutschen Regierung zu überlassen. Die materiellen und ideellen Elemente des Marshall-Plans schufen die Grundlage für enge deutsch-amerikanische Beziehungen.

Udo Wengst: Heinrich Brüning und die „konservative Alternative“. Kritische Anmerkungen zu neuen Thesen über die Endphase der Weimarer Republik

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 50/80, S. 19—26

Ausgangspunkt der „kritischen Anmerkungen“ sind die Ausführungen Josef Beckers in B 22/80 vom 31. Mai 1980. In der Auseinandersetzung mit ihnen führen sie zu dem Ergebnis, daß wichtige Aspekte der Kanzlerschaft Brünings anders gesehen werden müssen, als das bei Becker der Fall ist. Es wird nachgewiesen, daß die mangelnde „Problemlösungskapazität“ des Weimarer Parlamentarismus zum Jahreswechsel 1929/1930 wenigstens teilweise durch die reale Möglichkeit einer Präsidialregierung bedingt war; daß die Anwendung des Art. 48 durch Brüning von Anfang an diametral anderen Zielen diene als zu Beginn der Republik und daher auch anders beurteilt werden muß; daß die Septemberwahlen eine entscheidende Station darstellten, nicht nur, weil sie den Niedergang des Parlamentarismus beschleunigten, sondern auch, weil in ihrem Gefolge eine heftige innenpolitische Diskussion über die Beseitigung des Young-Plans einsetzte, die auf die Politik der Regierung Brüning tiefgreifende Auswirkungen hatte; daß die deflationäre Finanz- und Wirtschaftspolitik nicht wirtschaftstheoretisch, sondern politisch begründet war und vor allem aus diesem Grund Maßnahmen zur Krisenbekämpfung nicht ergriffen wurden; daß Brünings Sturz im Mai 1932 u. a. auch ursächlich mit seiner Restaurations- und Revisionspolitik zusammenhing.

Abschließend wird Beckers grundsätzliche These zurückgewiesen, daß Brünings Politik eine „konservative Alternative“ enthalten habe; statt dessen wird auf die im Kern verfehlten und kaum realisierbaren verfassungs- und außenpolitischen Zielsetzungen Brünings hingewiesen, mit denen er aktiv zum Scheitern der Weimarer Republik beitrug.

Josef Becker: Geschichtsschreibung im politischen Optativ? Zum Problem der Alternativen im Prozeß der Auflösung einer Republik wider Willen

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 50/80, S. 27—36

Gegen die „kritischen Anmerkungen“ von Udo Wengst hält diese Replik an den Positionen des Aufsatzes in „Aus Politik und Zeitgeschichte“, B 22/80, vom 31. Mai 1980 fest:

1. Seit dem Frühjahr 1930 gab es aufgrund der Klassengegensätze von Arbeiterschaft und Industriekapital und deren Interessenvertretungen in SPD und DVP wie angesichts der politischen Optionen von Reichspräsident und Reichswehr lediglich eine numerische Chance abstrakter Parlamentsarithmetik, aber keine reale Möglichkeit zur Wiederherstellung einer parlamentarischen Mehrheitsbildung in der Form der Großen Koalition. Darin zeigt sich nicht die unzureichende Problemlösungskapazität des Parteienstaates und des parlamentarischen Systems schlechthin, sondern das Scheitern der unvollendeten parlamentarischen Demokratie einer Republik wider Willen, wie sie in Deutschland 1918/19 begründet worden ist.

2. Im Rahmen dieser Grundbedingungen entsprach die „Rückkehr des Obrigkeitsstaats im Gewand des bürokratischen Notverordnungsregimes“ Brüning's der historisch-politischen Logik der Verfassungs- und Parteienentwicklung des Bismarck-Reiches, die als schwerwiegende Hypothek die Weimarer Republik belastete.

3. Es ist historisch inadäquat, den Kurs Brüning's (der zunächst entsprechend der „Krisenstrategie“ in den Anfangsjahren der Republik auf ein Ermächtigungsgesetz und/oder die Anwendung des Artikels 48, aber nicht auf ein Dauerregiment mit den Notstandsvollmachten des Reichspräsidenten gerichtet war) an dem Idealbild eines funktionierenden parlamentarischen Systems zu messen, das in dieser Form bei der Ausarbeitung der Weimarer Verfassung nicht Pate gestanden hat und selbst im trügerischen Jahrfünft einer scheinbaren Stabilisierung der Republik nach 1923 keine Realität gefunden hatte.

4. Brüning's „konservative Alternative zum Untergang von Rechtsstaat und Demokratie“ und seine parlamentarisch gestützte Präsidialregierung unterschieden sich (trotz des problematischen Plans einer Restitution der Hohenzollern-Monarchie) „tiefgreifend“ von Papens Nachfolgeregime der reinen Präsidialregierung und verließen noch nicht den „Boden der demokratischen Ordnung“. Das Scheitern der „konservativen Alternative“ (prädisponiert im Scheitern des „Essener Programms“ von 1920 und der „Bürgerblock“-Regierung von 1927/28) an den Institutionen des Reichspräsidenten und der Reichswehr und den Trägern (Hindenburg und Schleicher) war ein Scheitern an den ambivalenten Traditionen des preußisch-deutschen Konservatismus.

5. Auf die neuesten in B 22/30 referierten Forschungsergebnisse von Knut Borchardt über den fehlenden wirtschafts- und finanzpolitischen Spielraum der Regierung Brüning ging Udo Wengst überhaupt nicht ein. Seine Argumente stehen in diesem Bereich ebenso im Widerspruch zu den jüngsten Forschungen wie in bezug auf die Außenpolitik Brüning's.